

Ein Dossier von Misereor in Zusammenarbeit
mit der Redaktion WELT-SICHTEN.

Energie – Macht – Hunger

Für die Energiewende in Nord und Süd!

MISEREOR
IHR HILFSWERK

Ölpalm-Setzlinge auf gerodetem
Urwald-Torfboden in Kalimantan,
Indonesien. Aus Palmöl
wird Agrokraftstoff hergestellt.

Foto: Rita Sastrawan





Dr. Bernd Bornhorst
leitet bei Misereor
die Abteilung
„Entwicklungspolitik“.

Energie – Macht – Hunger. Ein schauriges Wortspiel, wenn man „Macht“ nicht nur als Substantiv, sondern auch als Verb liest. Doch diese drei Wörter sind nicht nur Wortspiel, sondern bittere Realität für viele Menschen auf der Welt.

In Lateinamerika, aber auch Südostasien verdrängt der Anbau großflächiger Monokulturen zur Bioenergie-Erzeugung, wie Zuckerrohr, Palmöl und Jatropha, den Anbau von Grundnahrungsmitteln für die einheimische Bevölkerung. In Afrika gehören die erdölreichen Länder zu den ärmsten der Welt: Vom Boom des Erdöls profitieren nur Machthaber und Konzerne. Der Ab- und Anbau von Energie-Rohstoffen ist für die einen ein lohnendes Geschäft, für andere die Ursache von weiterer Verarmung, Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung.

Deswegen macht Energie auch Hunger, und deswegen ist es eine Frage der Macht, dies zu ändern. Wie verhalten sich die Politiker, die Wirtschaftsführer in Nord und Süd? Wie können sie sicherstellen, dass der Abbau von Energie-Rohstoffen nicht zu Umweltzerstörung, Menschenrechtsverletzungen und wachsender Armut führt, sondern dieser natürliche Reichtum für eine dauerhaft tragfähige Entwicklung zugunsten der armen Bevölkerung genutzt wird?

Diese und andere Fragen diskutierte Misereor auf einem Energiekongress im Mai 2009 in Berlin mit Betroffenen aus dem Süden, Politikern aus dem Norden sowie Vertretern aus Wirtschaft und Gesellschaft. Neben der Kurz-Dokumentation der Tagung finden Sie in diesem Dossier Fakten und Hintergründe, Alternativen und Sichtweisen von Menschenrechts- und Umweltorganisationen.

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre!

5 Energie macht Hunger
Erzbischof Werner Thissen

6 Erdöl in Afrika:
Das schwarze Gold glänzt nicht für alle
Axel Müller und Vincent Neussl

8 Diskussion: Der Fluch des Erdöls – das Beispiel Nigeria
Kongressdokumentation

11 Renaissance der Kohle in Deutschland – Importe aus Kolumbien
Sebastian Rötters

12 Indonesien: Palmöl-Produktion unter Polizeischutz
Marianne Klute

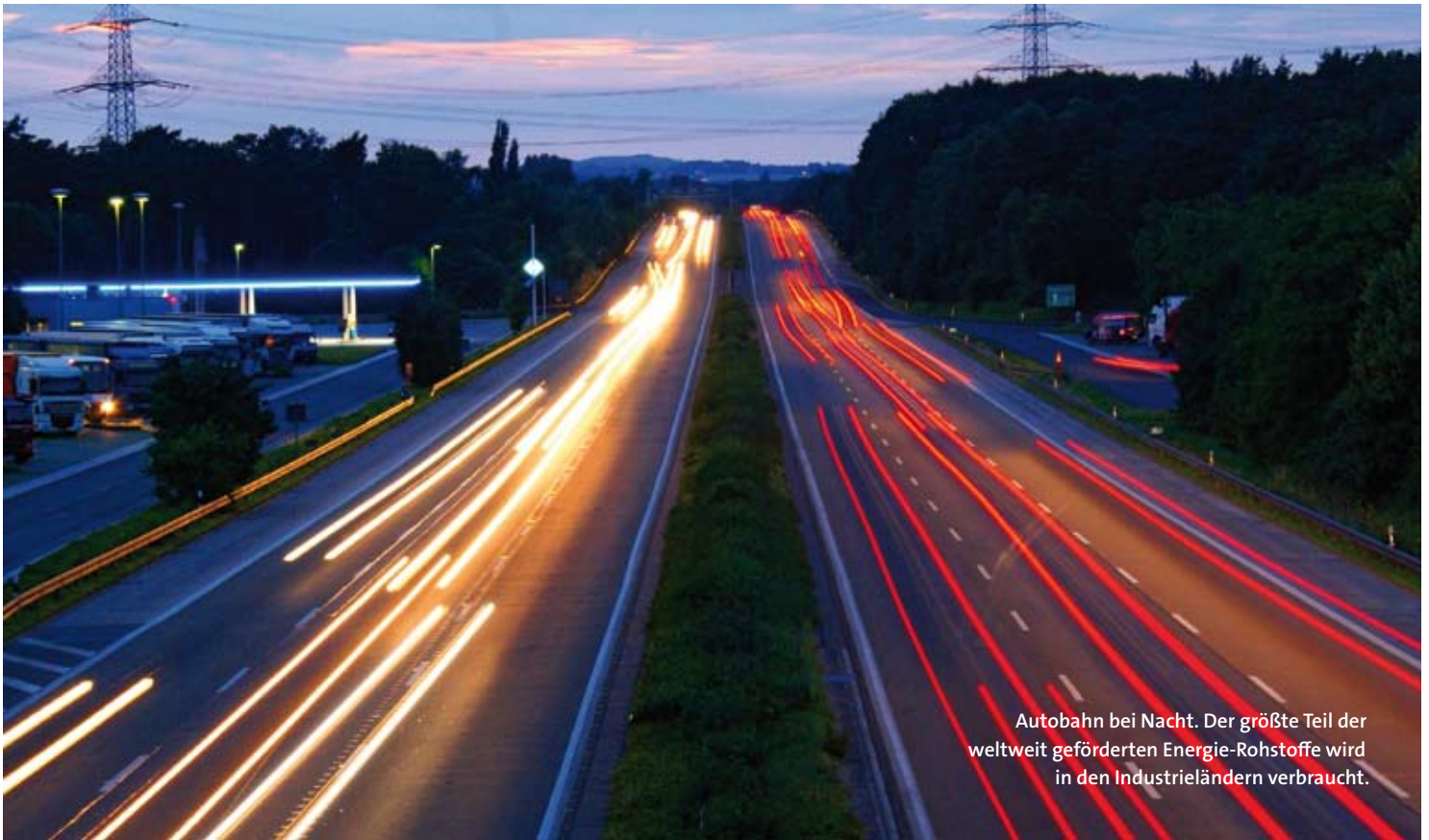
14 Brasilien: Benzin-Ersatz aus Zuckerrohrplantagen
Katrin Ansel und Claudio Moser

17 Diskussion: Bioenergie – keine Lösungen auf Kosten der Armen
Kongressdokumentation

19 Jatropha: Die zerstörerische Jagd nach „grünem“ Gold
Heike Lipper

21 Diskussion: Rohstoff- und Klimapolitik entwicklungsverträglich gestalten
Kongressdokumentation

22 Verantwortung übernehmen: Forderungen an die neue Bundesregierung
Bernd Bornhorst und Ulrike Bickel



Autobahn bei Nacht. Der größte Teil der weltweit geförderten Energie-Rohstoffe wird in den Industrieländern verbraucht.

Energie macht Hunger

Wer Energie einsetzen kann, verfügt über Macht – in den rohstoffreichen Ländern hingegen verursacht sie Hunger

| Erzbischof Werner Thissen

Energie ist das lebenswichtige Elixier unserer Gesellschaft. Ohne Energie läuft nichts – im wahrsten Sinne des Wortes. Unser gesamtes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ist auf steigenden Energiekonsum ausgerichtet. Doch wir stillen unseren Hunger nach Energie auf Kosten des Südens.

Jeder Einzelne verbraucht vom Frühstück bis zum Abendessen Energie: im Haushalt, im Verkehr und in der Wirtschaftsproduktion. Öl,

Gas, Kohle und Uran stehen dabei im Mittelpunkt des Interesses. Nach wie vor ist Mineralöl bei uns der wichtigste Energieträger – insbesondere im Mobilitätsbereich –, mit einem Anteil von 34 Prozent am Gesamtverbrauch. Es folgen Erdgas mit gut 22 Prozent, Steinkohle mit gut 14 Prozent, Braunkohle mit knapp 12 Prozent und die Atomenergie mit 11 Prozent.

| Energie

All diesen fossilen Energieträgern ist gemeinsam, dass sie nur sehr begrenzt zur Verfügung stehen. Dem begrenzten Angebot stehen eine ungebremste Wachstumsideologie und eine steigende Nachfrage gegenüber. Allen gemeinsam ist aus deutscher Sicht auch die hohe Importabhängigkeit. Bei Steinkohle und Erdgas nimmt diese Abhängigkeit zu; der Bedarf an Erdöl wird fast vollständig aus Importen gedeckt, bei Uran sind es 100 Prozent.

Dass wir in Deutschland hochgradig abhängig sind von Energie-Importen, weil wir nicht über genügend fossile Energie-Rohstoffe verfügen, ist vielen Menschen längst bewusst. Doch woher stammen die Rohstoffe, die über Schiffe oder Pipelines zu uns gelangen? Wie leben die Menschen in den rohstoffreichen Ländern, aus denen wir importieren? Kaum jemand denkt beim Griff zum Heizkörper, zum Lichtschalter oder zum Zapfhahn an der Tankstelle daran, unter welchen Bedingungen Erdöl, Kohle oder auch Uran in fernen Ländern gefördert werden.

Was uns als Gesellschaft in den letzten Jahren im Zusammenhang mit dem Thema Energie eher interessiert hat, ist die Frage des drohenden Klimawandels. Tatsache ist, dass das Verbrennen fossiler Energieträger wie



Der zur Hälfte fertige Kühlturm des neuen Kohlekraftwerkes in Datteln. Umweltschützer haben im September 2009 einen Baustopp erzwungen.

Kohle, Erdöl und Erdgas die Hauptursache für das Erwärmen der Erdatmosphäre ist. Dieser Klimawandel betrifft uns alle, jedoch die Armen im Süden zuerst und besonders heftig.

Wie können wir den Klimawandel aufhalten? Die Suche nach Alternativen zur Verbrennung fossiler Rohstoffe hat vor diesem Hintergrund eine neue Dynamik bekommen. Nachwachsende „saubere“ Rohstoffe und sogenannte „Bio“-Energie sollen es richten. Hochglanzreklame von „Energiepflanzen“ gaukelt uns vor, es mit klimafreundlichen, unbegrenzt nachwachsenden Rohstoffen der Zukunft zu tun zu haben. Hauptsache, Strom und Benzin sind billig. Aber auch hier gilt: Die Realität ist komplexer, als wir es manchmal wahrhaben möchten. Denn woher kommen die nachwachsenden Rohstoffe, wie werden sie produziert, und wem nützen sie tatsächlich?

Bei gleich bleibendem Energieverbrauch gibt es für nachwachsende Energie-Rohstoffe wie Zuckerrohr oder Soja bei uns und in Europa

keine ausreichenden Ackerflächen. Die derzeitige Produktion von Agrotreibstoffen belegt außerhalb Europas Ackerflächen im Umfang von gut 2,1 Millionen Hektar für den Anbau von Sojabohnen, Ölpalmen und Zuckerrohr. Ein Großteil dieser Flächen liegt in Südamerika. Die EU-Beimischungsziele sehen bis 2020 im Transportbereich den Einsatz von 10 Prozent erneuerbaren Energien, wie Biokraftstoff, Biogas und regenerativ erzeugten Strom vor. Würden sie verwirklicht, müssten für den prognostizierten europäischen Sprit- und Dieselbedarf Anbauflächen außerhalb Europas im Umfang von 15,6 Millionen Hektar – knapp vier mal so groß wie die Schweiz – belegt werden. Wo sind diese Flächen? Wer nutzt sie bisher? Wer lebt dort? Wem nutzt der Anbau der Energiepflanzen?

In beiden Fällen also, sowohl bei den „traditionellen“ fossilen Brennstoffen als auch bei der vermeintlichen Lösung durch Agrotreibstoffe, folgen wir dem gleichen Muster: Wir brauchen den Süden, wir stillen unseren Hunger nach Energie auf Kosten des Südens. Damit sind wir mitverantwortlich für das, was dort geschieht.

| Macht

Wer Energie einsetzen kann, verfügt über Macht: wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Macht. Deutschland und alle Industrie- und Schwellenländer sind mächtig, weil sie einen auf Energieverbrauch aufgebauten Reichtum haben. Viele von uns definieren auch ihr gesellschaftliches Prestige und Anerkennung über den Energieverbrauch: großes Auto, weite Flugreisen, viele technische Geräte, das sind Statussymbole gesellschaftlicher Macht und Anerkennung.

Auch diejenigen, die über die Ressourcen zur Herstellung der Energie verfügen, sind mächtig: die Ölscheichs, der russische Gazprom-Konzern, die Erdölkonzerne sowie die großen Energieversorger E.ON, RWE, Energie Baden-Württemberg und Vattenfall, die im Jahre 2008 trotz der beginnenden Wirtschaftskrise Milliardengewinne verbuchen konnten.

Mächtig sind auch viele Staaten im Süden, die angesichts ihrer Energieressourcen über eine große Wirtschaftskraft verfügen. Beispielsweise verschafft der Erdölreichtum Ländern wie Nigeria, Angola, Tschad, Kamerun oder Sudan internationale und geostrategische Bedeutung: Industrienationen sowie aufstrebende Staaten wie China und Indien buhlen um diese erdölreichen Länder Afrikas als Handelspartner; multinationale Erdölunternehmen kämpfen seit Jahren hart um die Kontrolle über die Erdölquellen und Förderlizenzen.

Über Macht verfügen auch Unternehmen und Banken, die an der Erschließung, Herstellung und Lieferung von Energieressourcen mitverdienen. Misereor hat im letzten Jahr gemeinsam mit Brot für die Welt und dem Global Policy Forum eine Studie veröffentlicht, die zeigt, dass viele Großbanken wie die Deutsche Bank, Dresdner Bank, die WestLB, aber auch die Weltbank und regionale Entwicklungsbanken große Energiekonzerne wie Chevron, Exxon, Shell und BP finanzieren.¹ Damit profitieren sie kräftig von der Förderung von Energierohstoffen. Deutsche Privatbanken wie auch öffentliche Landesbanken finanzieren auch die boomende „Bio“-Energie-

Zuckerrohr-Arbeiter auf einem abgeerntetem Feld in Bahia/Brasilien.

Macht und Gewinn sind nicht das Problem. Das Problem ist, wie sie genutzt und eingesetzt werden. Der durch Energie mögliche Reichtum kommt nur sehr wenigen Menschen zugute.

Branche, allen voran die Deutsche Bank, die international der wichtigste Finanzier von Agrotreibstoff-Produzenten in Lateinamerika ist. Sie vergibt Kredite unter anderem an die großen US-Agrarkonzerne ADM, Bunge und Cargill.

Macht und Gewinn sind aber nicht das Problem. Das Problem ist, wie sie genutzt und eingesetzt werden. Leider müssen wir feststellen, dass der durch Energie mögliche Reichtum nur sehr wenigen Menschen zugute kommt. Für viele andere gilt: Energie macht Hunger.

| Hunger

Dies gilt zum Beispiel für die Erdölförderung, deren Einnahmen noch immer ungleich und ungerecht verteilt sind. Es profitieren bisher nur die nationalen Eliten, Funktionäre, Erdölkonzerne sowie Importländer vom Boom. Der Erdölreichtum dient kaum der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Länder und der Armutsbekämpfung. Noch immer gehören zum Beispiel die Länder am Golf von Guinea zu den ärmsten der Welt: Die Mehrheit der Bevölkerung lebt von weniger als einem US-Dollar am Tag.

Ähnliches gilt für die Produktion nachwachsender Rohstoffe. Mitnichten profitieren die Kleinbauernfamilien in Brasilien von der gestiegenen Zuckerrohrnachfrage. Der Zuckerrohranbau erstreckt sich bereits über sieben Millionen Hektar und ist seit jeher von Großgrundbesitz geprägt. Die Anbauflächen für die Grundnahrungsmittel Reis und Bohnen sind seit 1990 um rund 10 Prozent geschrumpft. Im letzten Jahr gab es empfindliche Preissteigerungen, die insbesondere die Armen trafen. Tausende kleinbäuerliche Familien verloren durch die Ausdehnung der Zuckerrohr-Plantagen ihr Land – und damit ihre Ernährungsgrundlage. Die schnell voranschreitende Expansion des Agro-Business führte zu stark gestiegenen Bodenpreisen. Die brasilianische Ethanolwirtschaft produziert auch deswegen

zu den weltweit geringsten Kosten Agrotreibstoffe, weil sie die Arbeiter systematisch ausbeutet. Die Menschenrechte der Zuckerrohrarbeiter werden verletzt, zum Beispiel die Rechte auf Nahrung, Wasser, Gesundheit, Wohnung, menschenwürdige Arbeitsbedingungen und Leben.

Ursachen gibt es viele: schlechte Regierungsführung, fehlende gesellschaftliche Beteiligungs- und Kontrollmöglichkeiten, fehlende Unternehmensverantwortung und mangelnde gesetzliche Schutzbestimmungen in Export- und Importländern.

Kardinal Frings hat Misereor ins Stammbuch geschrieben, „den Mächtigen ins Gewissen zu reden“. Diesem Auftrag folgend setzt Misereor sich auch hier in Deutschland dafür ein, dass unser Energiehunger nicht länger auf Kosten der Menschen im Süden gestillt wird. Wenn wir Armutsbekämpfung und Gerechtigkeit zwischen den Völkern und Generationen ernst meinen, sind entscheidende Umorientierungen in den Bereichen Politik, Wirtschaft sowie beim individuellen Verhalten eines jeden von uns vonnöten.

Jeder und jede kann und muss dabei zunächst bei sich selbst anfangen. Jeder von uns verfügt in Bezug auf Energie über viel Macht als Konsument oder Konsumentin: Was kaufen wir, was konsumieren wir, wie bewegen wir uns fort, woher kommt unser Strom, wo legen wir unser Geld an? Durch bewussten Konsum können alle Bürgerinnen und Bürger aktiv zu einer Energienutzung beitragen, die so ausgerichtet ist, dass sie den Armen dieser Welt eine Entwicklungschance lässt und den Klimawandel nicht noch beschleunigt. Diesbezüglich gibt es viele ermutigende Beispiele. Auch die Kirche kann hier mit gutem Beispiel vorangehen, und viele Initiativen kirchlicher Einrichtungen oder Diözesen können uns Vorbild sein.

Wir sollten uns aber nichts vormachen: Individuelle Umkehr allein wird nicht ausreichen, um die hier skizzierten Probleme dauerhaft zu lösen. Vielmehr bedarf es auch staatlicher,

Foto: Bettina Flittner / Misereor



ordnungspolitischer Entscheidungen, die die Rahmenbedingungen so setzen, dass Rohstoffsicherung, Energie- und Klimapolitik sowie Entwicklungspolitik sich nicht widersprechen und nicht gegeneinander ausgespielt werden. Unser individuelles Handeln stellt in diesem Kontext einen wichtigen ersten Schritt dar und erhöht die Glaubwürdigkeit, wenn wir uns mit unseren Forderungen an Politik und Wirtschaft richten. | |

1 Brot für die Welt, Global Policy Forum und Misereor (2008): Transparenz beginnt zuhause. Deutsche Unternehmen und Banken im Rohstoffsektor und die Transparenz ihrer Zahlungsflüsse. www.globalpolicy.org/images/pdfs/transparenz_beginnt_zu_hause.pdf



Dr. Werner Thissen, Erzbischof von Hamburg, leitet die für Misereor zuständige Kommission für Entwicklungsfragen der deutschen Bischofskonferenz.

Das schwarze Gold glänzt nicht für alle

Erdölförderung am Golf von Guinea

Foto: Axel Müller



Leck in einer Erdöl-Pipeline im Niger-Delta. Unter den Folgen leidet die lokale Bevölkerung.

Für die afrikanischen Staaten der Region könnte der Reichtum dieses Energie-Rohstoffes sowie anderer Bodenschätze einen wichtigen wirtschaftlichen Entwicklungsimpuls geben und einen entscheidenden Beitrag zur Armutsbekämpfung leisten. Doch profitieren diese Länder tatsächlich von ihrem Reichtum?

Nüchtern muss festgestellt werden, dass diese Region gegenwärtig noch immer zu den ärmsten der Welt gehört. Die Armut hat sich im Laufe der Jahre sogar verschärft. Es herrschen in diesen Ländern eine einseitige Konzentration auf den Erdölsektor, eine extreme Korruption und Bestechungsmentalität, Missmanagement und mangelnde Transparenz. Die Einnahmen aus der Erdölförderung kommen nur kleinen Machteliten zugute. Verbunden ist die Erdölförderung immer wieder mit ökologischen Desastern, gewalttätigen Konflikten mit hohem Destabilisierungspotential sowie mit schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen. Die Probleme in diesen Staaten sind dabei fast immer identisch, ungeachtet dessen, ob es sich um ein langjähriges oder ein „neues“ Erdölland handelt.

Nigeria zum Beispiel fördert seit über fünfzig Jahren Rohöl und produziert heute täglich knapp zwei Millionen Barrel (Fass à 157 Liter) am Tag. Seit Beginn der Erdölförderung soll Nigeria über 300 Milliarden US-Dollar eingenommen haben. Doch trotz der immensen Einnahmen hat die Extraktion dieser Ressource keinen spürbaren Entwicklungsimpuls erzeugt. Durch Korruption und schlechte Regierungsführung sind über die Jahre Milliarden von „Petrodollars“ aus der Erdölförderung verschwunden. Ein Großteil der Bevölkerung muss noch immer mit weniger als einem Dollar pro Kopf am Tag auskommen. Besonders im Niger-Delta, der Ölregion des Landes, leben die Menschen in großer Armut, da von den Erdöleinnahmen kaum Anteile in diese Region investiert wurden. Hinzu kommen noch enorme Umweltprobleme wie Öl-

| Axel Müller und Vincent Neussl

Bei der Förderung des „schwarzen Goldes“ spielt Afrika eine immer bedeutendere Rolle. Die Region in West- und Zentralafrika, der sogenannte Golf von Guinea, erlebt seit Jahren einen Run multinationaler Konzerne auf die Ressource Erdöl. Die Einnahmen kommen in den Förderländern jedoch nur einer kleinen Elite zugute.

Erdöl ist immer noch der wichtigste Energie-Rohstoff der Welt; ohne es würde die Weltwirtschaft zum jetzigen Zeitpunkt zum Erliegen kommen. Das Problem ist jedoch, dass dieser fossile Rohstoff endlich ist. Trotzdem werden die Menschen in den kommenden 20 Jahren noch mehr Erdöl verbrauchen als heute. Die strategische Notwendigkeit, sich einen Anteil an den verbleibenden Weltreserven zu sichern, bewegt deshalb die großen Industrie-

länder sowie aufstrebende Nationen – wie China, Indien oder Brasilien – mehr denn je, und neue Erdölvorkommen werden gesucht.

Bei der Förderung des „schwarzen Goldes“ spielt Afrika eine immer bedeutendere Rolle, insbesondere West- und Zentralafrika am Golf von Guinea. Die Länder dieser Region verfügen über einen immensen Reichtum an natürlichen Ressourcen; sie sind reich an Holz und Mineralien, vor allem aber an Erdöl und Erdgas. So erfahren Länder wie Angola, Nigeria, Tschad (dessen Öl über den Golf verschifft wird), Kongo-Brazzaville, Kamerun oder Äquatorialguinea seit Jahren einen regelrechten „Run“ auf die Ressource Erdöl. Multinationale Konzerne aus den USA, Europa und Asien siedeln sich in der Region an und liefern sich einen harten Kampf um die Kontrolle der Erdölquellen. So erlebt die Erdölförderung im Golf von Guinea einen großen Aufschwung; die Fördermengen sind in den letzten zehn Jahren um über 36 Prozent gestiegen.

lecks, Wasserverschmutzung, Flächenbrände, starke Luftverschmutzung und saure Niederschläge, verursacht durch die Rohstoff-Förderung, welche die Lebensräume der Menschen stark einschränken. Trinkwasser und Ackerland sind verseucht, die Fischgründe zerstört. Dafür tragen besonders die nigerianische Politik und die Praxis der multinationalen Energiekonzerne in der Förderregion die Verantwortung.

Denn die Konzerne respektieren allzu oft nicht die internationalen Umwelt- und Sozialstandards; sie selbst sind in Korruptionsskandalen verwickelt, und ihre Profitgier verschärft – wissentlich oder unwissentlich – die Konflikte. So kommt es immer wieder zu Demonstrationen gegen die Erdölunternehmen, gewaltsamen Niederschlagungen von Protesten, Sabotageakten an Pipelines. Zudem entführen gut organisierte Gruppen immer wieder Mitarbeiter ausländischer Erdölunternehmen. In Folge der Spannungen mit der Bevölkerung und Milizengruppen haben sich die Multis verbarrikadiert. Sie sichern ihre Anlagen und ihre Mitarbeiter durch private und staatliche Sicherheitskräfte, die oft selbst Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen tragen.

Aber auch zwischen den verschiedenen Ethnien in der Region gibt es Konflikte um Ressourcen sowie Probleme, weil sich eine Gruppe gegenüber der anderen ungerecht behandelt fühlt. Gerade die Verteilung von Geldern oder Hilfen aus Erdöleinnahmen oder Entschädigungen verschärft hier oft die Spannungen, die schnell in Gewalt eskalieren. Die Konflikte im Niger-Delta legen schon seit drei Jahren etwa ein Viertel der nigerianischen Förderkapazitäten lahm; die Lage ist kaum noch kontrollierbar. Vom Reichtum hat die Bevölkerung bislang nicht profitiert – Nigeria ist heute ärmer als vor zwanzig Jahren.

Der Binnenstaat Tschad liegt zwar nicht direkt am Golf, ist mit diesem jedoch durch eine Pipeline verbunden, über die das Öl auf den Weltmarkt gelangt. Er fördert erst seit 2003 Erdöl. Heute produziert er täglich circa 170.000 Barrel. Aus den Fehlern der anderen

Erdölländer wollte man lernen, die Einnahmen sollten der Armutsbekämpfung dienen und die allgemeinen Lebensbedingungen verbessern. Dafür setzte sich insbesondere die Weltbank ein; es wurden ein Gesetz zur armutsorientierten Verwendung der Ölgelder geschaffen, Kontrollmechanismen zu deren Verwendung errichtet, und die Zivilgesellschaft sollte partizipieren. Heute – sechs Jahre nach dem Beginn der Rohölförderung – ist das Ergebnis ernüchternd, denn bisher haben die Erdölgelder keine Verbesserung der Lebensverhältnisse erbracht. Im Gegenteil, die Armut wächst, die Arbeitslosigkeit ist noch immer extrem hoch, die Korruption nimmt zu, und auch die politische Lage hat sich verschlechtert. Verschiedene Rebellengruppen wollen die Regierung stürzen und haben die Hauptstadt schon zweimal angegriffen. Zahlreiche Menschen kamen dabei ums Leben. Diese Angriffe konnte die Regierung zwar zurück schlagen und die Rebellen zurückdrängen, doch die kriegerischen Auseinandersetzungen gehen nun im Osten des Landes weiter. Der neue Ölreichtum wurde vor allem zu Waffenkäufen genutzt; im Staatshaushalt 2009 entspricht der vorgesehene Etat für Verteidigung dem von Gesundheit und Bildung zusammen.

Auch in den Ölfördergebieten kommt der Reichtum nicht bei der Bevölkerung an. Die Menschen leben noch immer in großer Armut ohne Strom- oder Wasseranschluss; sie klagen über Landverlust, ungerechte oder ausgebliebene Entschädigungszahlungen, Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit, soziale Spannungen und nicht eingehaltene Versprechen seitens der Regierung und Konzerne. Das Konsortium um ESSO hatte ursprünglich 300 Bohrlöcher bohren wollen, offiziell sind es heute über 700 (manche sprechen gar von bis zu 2000). Der Flächenverbrauch für die Öl-Infrastrukturen ist dadurch enorm gestiegen. Die lokale Bauernbevölkerung verliert mit dem fruchtbaren Ackerland ihre Lebensgrundlagen.

Auch zwischen den verschiedenen Ethnien in der Region gibt es Konflikte um Ressourcen sowie Probleme, weil sich eine Gruppe gegenüber der anderen ungerecht behandelt fühlt.

Der internationale Ansturm auf das Erdöl im Golf von Guinea wird in den kommenden Jahren noch zunehmen. Die Länder werden ihre Einnahmen aus diesem Sektor weiterhin erhöhen und mehr Investitionen aus dem Ausland erhalten. Die Geschichte in man-

chen Erdteilen hat gezeigt, dass Ressourcenreichtum eine Chance für Entwicklung und Wohlstand sein kann. Im Golf von Guinea haben sich stattdessen bestehende Probleme und Konflikte verschärft, und der Reichtum fließt weitgehend spurlos an der Bevölkerung vorbei. Lösungen können nur noch durch Partizipation und kraft des politischen Willens aller Beteiligten gefunden werden. Initiativen für eine transparente Nutzung der Erdöleinnahmen, für eine angemessene Konsultation, Beteiligung und Entschädigung der Bevölkerung in Fördergebieten und zur Unternehmensverantwortung transnationaler Konzerne müssen hier ineinander greifen.

Misereor engagiert sich zusammen mit Partnerorganisationen vor Ort mit dem Ziel, Einfluss auf die Rahmenbedingungen der Erdölförderung zu nehmen, damit diese künftig einen Beitrag zur Armutsreduzierung in diesen Ländern leistet. Das „schwarze Gold“ muss für die Menschen in der Region zu einem Segen statt einem Fluch werden. | |



Axel Müller
arbeitet als AGEH-Fachkraft in Kamerun zu Extraktiven Industrien im Golf von Guinea.



Vincent Neussl
ist Länderreferent für Zentral-/Westafrika bei Misereor.

DISKUSSION

Der Fluch des Erdöls: das Beispiel Nigeria

Kongressdokumentation 1

Energie-Macht-Hunger – unter diesem Titel fand am 13.5.2009 in Berlin ein energiepolitischer Kongress von Misereor statt. In drei Foren diskutierten Misereor-Partner aus Nigeria und Brasilien mit Bundespolitikern und Vertretern der deutschen Wirtschaft. Wir dokumentieren Auszüge aus der Diskussion über afrikanisches Erdöl. Bitte beachten: Sie wurde vor der Bundestagswahl geführt.

und sozialen Entwicklung der betroffenen Gemeinden oft nicht in die Tat um, während die Ölförderung Milliarden Gewinne in die Kassen von Konzernen und Regierungen spült. Die lokale Bevölkerung ist immensen Umwelt- und Gesundheitsproblemen ausgesetzt, wird aber weder bei der Vergabe von Ölförderlizenzen noch an den Einnahmen aus der Ölförderung beteiligt und bei Landverlust nur unzureichend entschädigt.“

CSCR ist eine registrierte NGO. Sie überwacht die Tätigkeit der multinationalen Ölkonzerne, die im Niger-Delta operieren. Sie

fairen Regeln spielen die Ölfirmen meist nicht. Vielmehr schützen sie ihre Interessen mit bewaffneten Sicherheitskräften. Ihnen stehe der wachsende Unmut der lokalen Bevölkerung des Niger-Deltas gegenüber, der sich in gewaltsamen Konflikten entlädt und zu massiven Produktionsrückgängen geführt hat, berichtet Boniface Dumpe.

| Fehlentwicklung stoppen

Was kann getan werden, um diese Fehlentwicklung zu stoppen? Laut Dumpe muss vor allem die lokale Bevölkerung beteiligt und die Zivilgesellschaft gestärkt werden. Wäre dies gewährleistet, könnte auch die Umsetzung des Transparenz-Prozesses für Extraktive Industrien (NEITI) kritisch begleitet werden. Hierfür ist eine Wahlrechtsreform vonnöten, die der Bevölkerung wirkliche demokratische Mitspracherechte sichert, nachdem sie jahrzehntelang unter Militärdiktaturen gelitten hat. Dumps Forderung: Legitimierte Volksvertreter übernehmen Verantwortung und stellen sicher, dass Ölkonzerne die Umweltgesetze einhalten. Wie sind die ausländischen Ölkonzerne sonst noch in die Pflicht zu nehmen? Durch eine stärkere Verpflichtung der Mutterkonzerne, internationale Operationsstandards einzuhalten, das Abfackeln von Erdgas sofort zu beenden und veraltete Öl- und Gaspipelines auszutauschen, meint der nigerianische Menschenrechtler und Umweltschützer. Auch müssten die staatlichen Regulierungsbehörden bei der Umweltverträglichkeitsprüfung und Sanktionierung der Konzernaktivitäten unterstützt werden.

| Unternehmensverantwortung – ein Fremdwort!

Doch bislang ist die Geschichte der Ölförderung in Nigeria eine klassische Fallstudie des Versagens sowohl von Unternehmensverantwortung als auch von guter Regierungsführung. Zu dieser Auffassung ist John O'Reilly, ehemaliger Berater von Amnesty International und früherer Vizepräsident von BP Indonesien, aufgrund seiner eigenen langjährigen Erfahrungen an der Spitze eines Ölkonzerns gelangt. „Die Ölkonzerne kommen um einen grundlegenden Wandel ihrer Unternehmenskultur nicht herum. Bevor sie Investitionen tätigen, müssen sie sorgfältig die gesamten



Boniface Dumpe, Zentrum für Sozial- und Unternehmensverantwortung (CSCR) in Nigeria.

Warum lebt die große Mehrheit der Bevölkerung Nigerias seit Beginn der Erdölförderung in den 1950er Jahren trotz Milliardenereinnahmen weiterhin in Armut? Boniface Dumpe, stellvertretender Direktor des Zentrums für Sozial- und Unternehmensverantwortung (CSCR) in Nigeria, hält in erster Linie Profitgier der Ölkonzerne für die Ursache: „Unternehmen wie Shell und Chevron setzen ihre Absichtserklärungen und Selbstverpflichtungen zur Entschädigung

versucht sicherzustellen, dass die Unternehmen globale Standards einhalten, vor allem in ihren Beziehungen zu den lokalen Gastgemeinden. Dabei geht es insbesondere um die Vermeidung und Behebung von Umweltgefahren wie Lecks in Ölpipelines und Abfackeln von Gas. CSCR setzt sich auch für faire Entschädigungen der von der Ölförderung betroffenen Communities ein. Doch nach

sozialen und ökologischen Auswirkungen hinsichtlich Menschenrechten, Gesundheit und Ernährungssicherheit, Sicherheitslage, Korruption und Gewaltkonflikten abwägen.“ Auch O'Reilly hält es für zwingend notwendig, die Zivilgesellschaft im Süden zu stärken, damit sie den Aufbau lokaler Sozialstrukturen selbst in die Hand nimmt.

Aber wie können die ölimportierenden Länder ihrer Verantwortung gerecht werden? Der ehemalige BP-Vertreter hat klare Vorstellungen: Medien, Aktionäre und Abgeordnete sollten Druck auf die Öl-Mutterkonzerne im Norden ausüben. Zudem ist jedes im Ausland engagierte Unternehmen aufgefordert, sich gemäß den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen zu verhalten. Nationale Kontaktstellen haben den Auftrag, die Umsetzung der Leitsätze zu fördern, und sind für die Bearbeitung von Beschwerdefällen zuständig. Diese nationalen Kontaktstellen für die OECD-Leitsätze sollten, sagt O'Reilly, von Abgeordneten wie Regierungen besser genutzt werden, um Ölkonzerne zur Verantwortung zu ziehen, wenn sie Menschenrechte verletzen oder die Umwelt zerstören.

| Ein kleiner Fisch namens Shell

Zur Verantwortung gezogen werden? Jörg Adolf, Chefvolkswirt der Shell Deutschland AG, sieht dafür wenig Grund. „Mit nur zwei Prozent der lokalen Rohölproduktion ist Shell in Nigeria nur ein kleiner Fisch neben anderen Ölkonzernen“, betont Adolf. Dieser kleine Fisch ist allerdings weltweit eines der größten, umsatzstärksten Energie-Unternehmen. Der Konzern ist in mehr als 140 Ländern aktiv. In Nigeria jedoch verdient er wenig, denn „95 Prozent der Rohöleinnahmen abzüglich Kosten gehen an die nigerianische Regierung, die eine hohe Beteiligung am nigerianischen Shell-Konzern (SPDC) hält“, so Adolf. Trotzdem sei Shell in der Tat sehr besorgt wegen der instabilen Sicherheitslage und Sabotageakte: „Derzeit liegen 50 Prozent der Shell-Produktion in Nigeria brach.“ Teilweise könnten Öl-Lecks und Umweltverschmutzung aus Sicherheitsgründen nicht behoben werden. Shell arbeite jedoch in allen Ländern mit Sozialprogrammen und versuche, positive lokale Beschäftigungseffekte zu erzielen.

Die hohe Beteiligung der nigerianischen Regierung an Shell Nigeria legt die Frage nach deren Verantwortung nahe. Ist sie nicht fähig oder nicht willens, eine funktionierende Umweltverwaltung aufzubauen? fragt Michael Kauch, umweltpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion. Die deutsche Politik müsse die Versäumnisse der nigerianischen Regierung klar benennen. Kauch: „Deutsche Politiker müssen Forderungen zivilgesellschaftlicher Organisationen des Südens gegenüber ihren Regierungen vorbringen und fragen, warum die Ressourcenlöse nicht bei der in Armut lebenden Bevölkerung ankommen. Korruptionswürfe gegenüber Shell und der nigerianischen Regierung müssen deutlich geäußert werden.“

Ute Koczy, entwicklungspolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, argumentiert in die gleiche Richtung: „Konzerne und Süd-Regierungen weisen sich nur gegenseitig die Schuld zu. Deswegen müssen die Regierungen in den Importländern klare Bedingungen an die Verhandlungspartner stellen.“ Koczy findet es „beschämend“, dass die deutsche und die nigerianische Regierung über neue Ölförderung vor der Küste Nigerias verhandeln. Und angesichts der Verstöße der Ölunternehmen gegen die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen fragt Koczy auch: Sind internationale Vereinbarungen unwirksam?

| Unanständige Verheimlichung

Großer Aufklärungsbedarf über die Folgen unseres Rohstoffhungers sieht Koczy in Deutschland: „Den Menschen hier muss klar werden, dass die Energie-Rohstoffe, die wir konsumieren, oftmals unter Bedingungen gefördert werden, die gegen sämtliche Menschenrechte verstoßen. Dazu zählt auch Uran. Beim Uran-Abbau werden weltweit die Bevölkerung und Minenarbeiter radioaktiv verseucht, besonders im Niger.“ Deshalb müsse Deutschland aus der Atomkraft aussteigen, fordert die Grünen-Politikerin.

Wir müssen die deutschen Banken und Unternehmen unter die Lupe nehmen. Wo investierten sie und unter welchen Bedingungen?

Außerdem müsse das Öl viel teurer werden, um die Betroffenen zu entschädigen und Sanierungsarbeiten zu finanzieren. Koczy findet es unanständig, wenn Banken wie die

Deutsche Bank jetzt in der Finanzkrise verheimlichen, dass sie Öl- und Atomunternehmen finanzieren. „Wir müssen die deutschen Banken und Unternehmen unter die Lupe nehmen. Wo investierten sie und unter welchen Bedingungen? Der Bundesverband der Deutschen Industrie hat jüngst ein Papier zu deutschen Rohstoffinteressen veröffentlicht, ohne ein Wort über Menschenrechte und Sozialstandards zu verlieren.“

| Sonnen- und Windenergie für Nigeria?

Welche Zukunft hat der Rohstoff Öl überhaupt? Axel Berg, stellvertretender energiepolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, ist der Ansicht, dass die Ölförderung zur Vernachlässigung sonstiger Wirtschaftsstrukturen in Nigeria führt. „In wenigen Jahrzehnten wird Erdöl aufgrund wachsender Knappheit extrem teuer sein und dann nur noch zum Beispiel für Medikamente verwendet. Nigeria hat ein großes Potential an erneuerbaren Energien wie Sonnen- und Windenergie und könnte erwägen, ganz aus der Ölförderung auszusteigen. Dies birgt auch Chancen für eine deutsche Exportinitiative für erneuerbare Energien. Allerdings ist es ein großes Problem, dass die Weltbank weiter mehr in fossile als in regenerative Energien investiert.“

Der bolivianische Botschafter, Magne Prudencio Veliz, schließlich weiß, wie der Bevölkerung mehr Nutzen aus der Ölförderung zukommen könnte, statt dass ausländische Konzerne von ihr profitieren. Seine Lösung: Verstaatlichung der Ölquellen. In Bolivien ist dies bereits geschehen.



Ulrike Bickel
ist Referentin für Energie-Rohstoffe bei Misereor.

Die Renaissance der Kohle

Deutschlands Energiepolitik ignoriert Klimaschutz und Menschenrechte zugunsten der Versorgungssicherheit

| Sebastian Rötters

Nach dem Willen der Energiekonzerne in Deutschland sollen in den nächsten Jahren zahlreiche neue Steinkohle-Kraftwerke gebaut werden. Inmitten der Klimadebatte erlebt der fossile Energieträger eine nicht für möglich gehaltene Renaissance. Versorgungssicherheit wird jedoch nicht in erster Linie über heimische Kohle, sondern über Importe hergestellt – zum Beispiel aus Kolumbien.

Wenige Wochen vor dem Klimagipfel in Kopenhagen ist die deutsche Klimapolitik rückwärtsgewandt. Energiekonzerne setzen wieder auf Steinkohle-Kraftwerke. Bis zu 25 neue sollten in den nächsten Jahren errichtet werden. Aufgrund massiver Widerstände seitens der lokalen Bevölkerung wurden einige Neubaupläne schon aufgegeben. Trotzdem gehen die Planungen für die verbliebenen 20 Kraftwerke weiter. Einige befinden sich sogar schon im Bau.

Dank enormer Kohlereserven und günstiger Preise im Vergleich zu Gas und Öl gelten sie als wirtschaftlich. Politisch wird vor allem eine Verbesserung der Energie-Versorgungssicherheit angestrebt. Öl wird vorwiegend aus einer Reihe politisch instabiler Länder und Regionen bezogen, wie dem Nahen Osten, Venezuela und Nigeria. Beim Gas sieht es nicht viel besser aus. Die EU als größter Gasimporteur der Welt bezieht über 80 Prozent ihres Bedarfs aus nur drei Ländern: Russland, Norwegen und Algerien. Vor allem das Gebaren Russlands in den letzten Jahren – bis hin zur Unterbrechung der Gasversorgung – hat die Sorge geweckt, dass eine starke Gasabhängigkeit die europäische und damit auch die deutsche Versorgungssicherheit gefährden könnte. Demgegenüber gilt die Versorgung mit Kohle als sicher – obwohl Deutschland auch bei der Kohle mittlerweile gut zwei Drittel importiert. Jedoch stammt die Kohle

aus allen Teilen der Welt, darunter Russland, Südafrika, Kolumbien, Australien, Kanada und China. Die geographische und politische Heterogenität dieser Länder schützt vor Risiken und Abhängigkeit. Die heimischen Kohlevorräte bieten zusätzliche Sicherheit.

Die CO₂-Schleuder Steinkohle ist also durch die Hintertür wieder hoffähig geworden, das Bemühen um den Ausbau erneuerbarer Energien hingegen nach wie vor halbherzig. Die Kohlelobby vertritt gar die Meinung, ein zu starker Ausbau regenerativer Energien würde die Versorgungssicherheit weiter gefährden, da die schwankende Stromproduktion aus Wind und Sonne die Grundlastversorgung nicht sicherstelle. Eine solche Argumentation lässt sich nur aufrecht erhalten, wenn an der derzeitigen, stark zentralisierten Energieversorgung festgehalten wird. Die Forderung kann daher nur lauten, die Energieversorgung zu dezentralisieren und die Nutzung regenerativer Energien stark zu fördern, um eine Versorgungssicherheit herzustellen, die auch den klimapolitischen Herausforderungen Rechnung trägt.

Aus umweltpolitischer Sicht gleicht die Kohle-Strategie einem Holzweg in die Steinzeit. Aber auch aus menschenrechtlicher Perspektive werfen der geplante Ausbau des Steinkohle-Kraftwerksparks und die Erhöhung der Importe Fragen auf. Denn es sind die Bewohnerinnen und Bewohner der Abbaugebiete, die den Preis für unsere billige Energie zahlen, wie das Beispiel Kolumbien zeigt.

| Kolumbien: Kohle für die Welt, Elend für die Anwohner

Im Nordosten Kolumbiens, im Departement Guajira, fördert das Unternehmen Cerrejón seit 1986 Steinkohle im größten Tagebau der Welt. Cerrejón war bei seiner Gründung 1975 ein Gemeinschaftsunternehmen der staatlichen Bergbaugesellschaft Carbocol und des ExxonMobil-Tochterunternehmens Intercor. Im Jahr 2000 wurde im Zuge eines Struk-

turanpassungsprogramms des Internationalen Währungsfonds (IWF) der staatliche Anteil des Unternehmens privatisiert. Die neuen Anteilseigner BHP Billiton (Australien), Anglo American (Großbritannien) und Glencore (Schweiz) übernahmen 2002 auch den Anteil von Intercor. 2006 wiederum übernahm das Schweizer Unternehmen Xstrata den Anteil der Firma Glencore.

Bereits während der Bauphase einer Bahnlinie für den Kohle-Transport und eines Verladehafens wurden 1981-86 mehrere Gemeinden der Wayuu-Indigenas vertrieben, und ihr Territorium wurde von den Gleisen der Bahn durchtrennt. Der folgenschwerste Zwischenfall ereignete sich jedoch genau in der Zeit, in der die Eigentümer der Mine wechselten. Im April 2001 wurde der Ort Tabaco von Polizei und privaten Sicherheitskräften der Minenbetreiber zerstört und seine Bewohner vertrieben, weil er der Erweiterung der Mine im Weg stand. Ersatzland und -unterkünfte wurden den Menschen nicht zur Verfügung gestellt. Für die Bewohnerinnen und Bewohner begann damit ein jahrelanges Ringen um Anerkennung des begangenen Unrechts und um Entschädigungen. Selbst ein Urteil des Obersten Gerichtshofs Kolumbiens zugunsten der Vertriebenen blieb folgenlos, da das Unternehmen Cerrejón der Aufforderung zur Wiedergutmachung nicht nachkam. Erst nach mehr als sieben Jahren wurde eine Einigung zwischen Vertretern der Vertriebenen und dem Unternehmen erzielt und ein Umsiedlungsplan beschlossen, der diesem Unrecht ein Ende setzen soll. Verabschiedet wurde er, nicht weil das Unternehmen sich geläutert hätte, sondern in erster Linie aufgrund langer und starker lokaler, nationaler und internationaler Proteste. Cerrejón weigert sich bis heute, das begangene Unrecht anzuerkennen.

Ob und wie dieser Plan umgesetzt wird, muss genau beobachtet werden. Unterdessen fristen weitere Gemeinden im Umfeld der Mine ein trauriges Dasein. Während täglich Kohle im Wert von vielen Millionen Euro per Zug gen Überseehafen rollt, bleiben die Menschen im Abbaugelände mit Lärm und Luftverschmutzung zurück. Atemwegserkrankungen sind eine häufige Folge des aufgewirbelten Kohlenstaubs. Die Verwirklichung der Umsiedlungs-

Links: Indigene vom Stamm der Wayuú in Kolumbien. Mehrere Wayuú-Gemeinden sind für den Bau und später die Erweiterung der Kohlemine Cerrejón vertrieben worden. Rechts: Die Mine LaJagua, ebenfalls in Kolumbien.



Foto: Pattoncito



Foto: Stephan Suhrer, Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien

pläne für die anderen betroffenen Gemeinden geht nur schleppend voran. Besondere Anstrengungen um faire Lösungen sind seitens des Unternehmens nicht zu erkennen.

Ein solch rücksichtsloses Vorgehen ist kein Einzelfall im Geschäft mit Kohle und anderen Rohstoffen. Meist wird gar nicht, völlig unzureichend oder viel zu spät verhandelt, umgesiedelt und entschädigt. Häufig müssen die Betroffenen ihr Recht gegen korrupte Gerichte und multinationale Konzerne erstreiten – ein oftmals aussichtsloses Unterfangen. Dass die Probleme nicht bereits im Vorfeld gelöst werden, liegt vor allem daran, dass sowohl nationale Bergbaugesetze als auch internationale Verträge und Richtlinien den menschenrechtlichen Anforderungen nicht genügen. Staaten wie Kolumbien haben – ebenso wie die Bergbaukonzerne – kein Interesse an verschärften Regeln. Für sie sind Investitionen und Profit wichtiger als die Menschen. Dies zeigt sich auch in der Region Catatumbo, einer der am stärksten vom Bürgerkrieg betroffenen Regionen Kolumbiens.

„Blutkohle“ für deutsche Kraftwerke?

Mit dem Wissen um riesige Kohle- und Ölreserven unter dem umkämpften Boden in der Region Catatumbo ließen paramilitärische Verbände in Zusammenarbeit mit den kolumbianischen Sicherheitskräften nichts

unversucht, um möglichst viele Menschen zu vertreiben. Tausende Menschen wurden seit Mitte der 1990er Jahre getötet oder vertrieben. Wahrscheinlich wird das Geschäft mit der Kohle in wenigen Jahren beginnen, ohne dass diese Verbrechen jemals aufgearbeitet wurden. Der große zeitliche Abstand zwischen den Menschenrechtsverletzungen und der wirtschaftlichen Erschließung erleichtert dabei das Ignorieren der Verbrechen. Von einer freien, informierten, vorherigen Zustimmung (free prior informed consent) der betroffenen Gemeinden vor Aufnahme der Bergbautätigkeiten, wie ihn Menschenrechtsorganisationen seit Jahren fordern, sind die Menschen dort Lichtjahre entfernt. Doch auch diese „Blutkohle“ wird ihren Weg nach Deutschland finden.

Wie steht es um die deutsche Verantwortung angesichts des Imports kolumbianischer Kohle? Bis heute stört es die Kraftwerksbetreiber wenig, was im Abbaugbiet vor sich geht – wohl auch, weil das Geschäft mit der Kohle wenig transparent ist. Zwar veröffent-

licht das Statistische Bundesamt monatlich Zahlen, aus welchen Ländern die Bundesrepublik wie viel Kohle bezieht. Wer jedoch wissen möchte, aus welcher Mine wie viel Kohle in ein bestimmtes Kraftwerk wandert, steht vor einer nahezu unlösbaren Aufgabe. Dies erleichtert es Politik und Wirtschaft, die Abbaubedingungen zu ignorieren. Mehr Transparenz und wirkungsvolle Menschenrechtsstandards sind dringend notwendig, um das Geschäft mit Kohle und anderen Rohstoffen sauberer und fair zu gestalten.

In Zeiten, in denen aufmerksame Konsumenten jedes Hühnerei fast bis zur Henne zurückverfolgen können, ist es nicht zu rechtfertigen, dass bei der Steinkohle eine solche Transparenz fehlt. Es ist Aufgabe der Politik, hierfür die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. | |



Sebastian Rötters
ist Referent für Bergbau bei der deutschen Sektion von FIAN (FoodFirst Informations- und Aktionsnetzwerk). www.fian.de

Produktion unter Polizeischutz

Konflikte um indonesisches Palmöl

Foto: Feri Irawan



Bauern aus Karang Mendapo in Indonesien fordern ihr Land zurück. Zuvor hatte ein Unternehmen Kautschukgärten des Dorfes bei der Errichtung einer Ölpalmplantage widerrechtlich abholzen lassen.

Darüber hinaus setzt man auf die Expansion des Anbaus von Zuckerrohr, Jatropha, Cassava und Sago in ähnlicher Größenordnung. Die ehrgeizigen Pläne lösten eine beispiellose Investitionswelle und Landnahmen aus. Innerhalb von drei Jahren sind die Ölpalmplantagen von 5,6 Millionen auf 8 Millionen Hektar angewachsen.

Die Erfahrungen mit der indonesischen Palmölindustrie zeigen, dass die Unternehmen allein auf Sumatra viermal mehr Wald abgeholzt und abgebrannt als bepflanzt haben, und in Kalimantan und West-Papua zehnmal mehr. Indonesische Umweltorganisationen betrachten die Palmölindustrie daher als eine treibende Kraft bei der Vernichtung des Tieflandregenwaldes.

Nach dem Kahlschlag wird zur Urbarmachung Feuer gelegt. Das Umweltnetzwerk WALHI (Friends of the Earth Indonesia) schätzt, dass 80 Prozent aller Waldbrände des letzten Jahrzehnts von Plantagenunternehmen gelegt wurden. Dann muss mit Kanälen entwässert werden, woraufhin der Boden austrocknet und an der Luft oxidiert. Die Folge sind permanente CO₂-Emissionen. Eine Folge von globaler Bedeutung sind die ungeheuren Mengen von Kohlendioxid, die durch die Waldbrände und Entwaldung, besonders der Torfgebiete, frei werden. Indonesiens Waldbrände katapultieren den Staat auf Platz drei auf der Liste der Staaten mit den höchsten Emissionen, nach den USA und China.

Neue Konzessionen werden meist in Regenwald und bevorzugt in Torfwald vergeben, nach dem Ende des Sumatra-Tieflandregenwaldes nun in Kalimantan und Papua. Die Idee, Palmöl als erneuerbare Energie zu betrachten, die einen positiven Beitrag zur Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen liefert, wird so durch die indonesische Praxis konterkariert.

| Marianne Klute

Die Energie- und Klimapolitik der EU hat in Indonesien einen beispiellosen Ansturm auf Land für Ölpalmplantagen ausgelöst. Folgen sind die Vernichtung der letzten Regenwälder, massive Änderungen von Landnutzung und Machtverhältnissen und nicht zuletzt die Verarmung und Marginalisierung von Millionen von Menschen.

Schon vor dem Agroenergie-Boom war Indonesien Weltmarktführer bei der Herstellung von Palmöl, zusammen mit dem Nachbarstaat Malaysia. 90 Prozent der Weltproduktion von Palmöl entfallen auf diese beiden Staaten. Dabei ist Palmöl erst im vergangenen Vierteljahrhundert zum wichtigen Rohstoff in industriellen Lebensmitteln, Seifen und Kosmetika geworden.

Indonesien steigerte von 1985 bis 2005 die Anbauflächen für Ölpalmen von 0,6 Millionen auf 5,6 Millionen Hektar, mit verheerenden Folgen für Mensch und Natur. Seit der asiatischen Wirtschaftskrise (1997/98) ist Palmöl

einer der Sektoren, der – anfangs auf Anraten des Internationalen Währungsfonds – massiv ausgebaut wird. 2005, vor Beginn des Agroenergie-Booms, wurden schon 5,6 Millionen Hektar Fläche für Ölpalmplantagen genutzt.

Auf die globalen Entwicklungen hin zu erneuerbaren Energien – und besonders auf die EU-Zielvorgaben für Agrokraftstoffe – reagierend, hat Indonesien seit 2006 Palmöl zum Zugpferd des makroökonomischen Wachstums erkoren. Das Landwirtschaftsministerium will die Palmölproduktion in den kommenden zwanzig Jahren auf das 43-fache steigern, durch die Verbesserung der Produktivität und durch eine massive Expansion der Anbauflächen um 20 Millionen Hektar.

Sumatra, auf das heute drei Viertel aller Ölpalmplantagen entfallen, wird zum Industriezentrum der Palmölbranche ausgebaut, mit Ölmühlen, Raffinerien, Agrokraftstoff- („Bio“-Diesel-)fabriken und Häfen. Alle erreichbaren Gebiete Kalimantanens werden mit Ölpalmen bepflanzt; insgesamt sind dort zehn Millionen Hektar vorgesehen. In West-Papua sollen sieben Millionen Hektar Wald verschwinden, fast die Hälfte des letzten großen Urwaldgebietes der Erde.

*Der Agroenergie-Boom
beschert Indonesien
mehr Konflikte in
neuen Dimensionen.*

Ölpalm-Megaplantagen sind keine kleinbäuerlichen Betriebe. Angezogen von den hohen Profiten steigen große indonesische Konzerne in das Palmölgeschäft ein, insbesondere solche mit engen Verbindungen zur politischen Elite. Dazu gehören die Wilmar-Gruppe, Sinar Mas, Bakrie Sumatera Plantations, Raja Garuda Mas und Medco Energi.

Neue gesetzliche Regelungen bereiten den Schritt Indonesiens zum weltweit führenden Palmölproduzenten vor. Zu nennen sind kontroverse Verordnungen mit negativen sozialen und ökologischen Auswirkungen, beispielsweise ein Erlass zur Landnahme, der Enteignung und Vertreibung vereinfacht, oder Erlasse, die Plantagen in Naturschutzgebieten und auf Torfböden erlauben.

Die Planungen sind eingebunden in Gesamtkonzepte im Sinne von Entwicklung, Industrialisierung und Modernisierung, verknüpft mit sicherheitspolitischen Zielen. Die Küstenregionen werden als Industriegebiete ausgebaut und die Grenzregionen als militärische Sicherheitspuffer aus Ölpalmplantagen. Sicherheitskräfte, auch das Militär und die Polizei, sorgen für den Schutz der Plantagen.

Eine der großen Gefahren für den Staat ist die mit den Großprojekten verbundene Korruption. Genehmigungen können gekauft, die politische und militärische Elite finanziell beteiligt, Bürgermeistern die Zustimmung „versüßt“ werden. Bevor die ersten Palmölsetzlinge die Baumschule verlassen, haben sich in Indonesien die Wirtschaftsstrukturen verändert. Auf der Strecke bleiben der Aufbau einer Demokratie und die Menschenrechte.

Ölpalmen, in Megaplantagen für den Export angebaut, benötigen sehr viel Land. Laut Aussage der Rechtshilfeorganisation LBH (Lembaga Bantuan Hukum) haben bis 2006 schon mehr als neun Millionen Menschen ihr Land und damit ihre Existenz an Palmölkonzerne verloren. Extrapoliert man dieses Ergebnis auf die Zukunft, steht Indonesien vor kaum zu bewältigenden sozialen Umwälzungen. Die Anzahl landloser Menschen ohne Möglichkeit, die Grundbedürfnisse zu befriedigen, steigt dramatisch.

Das indonesische Umweltnetzwerk WALHI gibt die Anzahl vom Wald abhängiger

Menschen mit 45 Millionen an. Hinzu kommen weitere 55 Millionen Menschen, die partiell von Waldprodukten leben. Indigene und Subsistenzbauern, die direkt von den Investitionen in die Agroindustrie betroffen sind, machen somit mehr als ein Drittel der Bevölkerung Indonesiens aus. Da ihr Leben eng mit dem Wald verbunden ist, verlieren sie mit ihrer Lebensgrundlage auch ihre Identität, wenn sich keine neuen Perspektiven eröffnen. Besonders betroffen sind die Dayak-Völker in Kalimantan, die Papua und die Waldnomaden auf anderen Inseln.

Ohne Konsultation mit der Bevölkerung setzen die Unternehmen die Landnahme durch. Traditionelle Landrechte gelten gegenüber der in der Verfassung und in Gesetzen verankerten Verfügungsgewalt des Staates über Land, Wasser und ihre Ressourcen wenig. Die Betroffenen sind gezwungen, ihr Land und ihren Wald abzugeben. Im Gegenzug können sie vielleicht Palmöl-Kleinbauern werden, auf Kleinplantagen am Rande einer Kernplantage. Dafür müssen sie einen Kredit in Höhe von mehreren tausend Euro aufnehmen. Sie verlieren ohne Entschädigung ihr Land, geraten selbst in die Schuldenfalle und in vollständige Abhängigkeit. Nach dem Absturz der Palmölpreise 2008 gerieten viele in extreme Armut, und es kam zu Selbstmorden.

Heute zählen wir Tausende von Konflikten um bereits bestehende Plantagen. Der Agroenergie-Boom beschert Indonesien mehr Konflikte in neuen Dimensionen. Denn der Widerstand wächst. Nach dem Ende der Suharto-Diktatur versuchen nun viele, an ihre traditionell verbürgten Landrechte zu gelangen. Wenn Eingaben, Proteste oder Prozesse ergebnislos sind, greifen die Menschen auch zu Gewalt und zerstören die Plantagen.

Die Vielzahl an Konflikten auf bestehenden Plantagen lässt für die Zukunft nichts Gutes erwarten. Die Frage der Landrechte wird ohne Agrarreform und ohne internationalen Schutz der Menschenrechte nicht zu lösen sein.

Von der Palmölindustrie leben heute etwa zwei Millionen Menschen. Die anvisierte Expansion kann theoretisch fünf Millionen Arbeitsplätze schaffen. Im Gegenzug würden dreißig und mehr Millionen Menschen von ihrem Land vertrieben. Das Argument, Palmöl bringe Arbeitsplätze und Entwicklung, ignoriert die Tatsache, dass viel mehr Existenzen vernichtet werden.

Indigene sind selten Palmöl-Kleinbauern oder Plantagenarbeiter. Ihre Art der Landwirtschaft wird von Regierungsvertretern und Wirtschaftsbossen als „unproduktiv“ bezeichnet. Sie werden als rückständig betrachtet, als Menschen ohne Arbeitsethik und nicht in der Lage, einen geregelten Arbeitstag durchzuhalten.

Die Palmölkonzerne bevorzugen daher Transmigranten von außerhalb, etwa verarmte Landlose aus Java. Bei zehn Millionen Hektar Neuplantagen in Kalimantan müssten fünf Millionen Menschen von anderen Inseln migrieren. In West-Papua wird die eine Million indigener Papua zu einer bedrohten Minderheit im eigenen Land.

Das Transmigrations-Programm der Suharto-Diktatur – in seinem Rahmen waren Hunderttausende von landlosen Armen auf die so genannten Außeninseln umgesiedelt worden – lebt wieder auf, mit vermutlich ähnlichen Problemen wie den bisherigen: Druck auf den Wald und andere Naturressourcen – Konflikte, die blutig ausarten können. Die Indigenen, die bisher vom Wald und seinen Produkten leben, drohen zu verelenden. Sie werden „Geister auf unserem Land“*.

*„Geister auf unserem Land“ ist der Titel eines Buches der indonesischen Umweltorganisation Sawit Watch (Palmöl Watch).



Marianne Klute
ist Mitarbeiterin von Watch Indonesia! und verantwortlich für den Bereich Umwelt.

Benzin-Ersatz aus Zuckerrohrplantagen

Der Zuckerrohrboom in Brasilien hat zerstörerische Folgen für Mensch und Natur

| Katrin Ansel und Claudio Moser

Brasilien nimmt in der Agrotreibstoff-Industrie international eine herausragende Stellung ein. Das Land ist weltweit der zweitgrößte Ethanolproduzent hinter den USA, aber mit Abstand der bedeutendste Exporteur. Das Ethanol soll Brasilien zum „grünen Saudi-Arabien Lateinamerikas“ machen – doch vom Grün bleibt auf den Zuckerrohrplantagen oft keine Spur. Und auch Arbeiter sterben – an Erschöpfung beim Zuckerrohrschneiden.

Erklärtes Ziel Brasiliens ist es, im Jahr 2025 zehn Prozent der globalen Benzinnachfrage zu decken. Dies wäre mit einer Verfünffachung der Zuckerrohrflächen von heute sechs Millionen Hektar auf 30 Millionen Hektar verbunden. Im nationalen Plan für Agroenergie wird die verfügbare Fläche allerdings sehr großzügig geschätzt: Unter Einbeziehung der Cerrado-Savanne, von Weideflächen, Aufforstungsgebieten und degradierten Gebieten werden 200 Millionen Hektar Land für den Anbau von Energiepflanzen geeignet erklärt (Plan Nacional de Agroenergia, Brasília 2005). Dies wäre knapp ein Viertel des Staatsgebietes.

Während die brasilianische Regierung behauptet, dass die Expansion wegen dieser enormen verfügbaren Flächen ohne nennenswerte soziale und ökologische Auswirkungen durchführbar sei, sind die sozialen Bewegungen äußerst besorgt über diese Entwicklung. Denn die Fixierung auf das exportorientierte Wachstumsmodell zeigt schon jetzt zahlreiche schädliche Auswirkungen, obgleich Präsident Lula auf dem Weg zum „grünen Saudi-Arabien Lateinamerikas“, als das er Brasilien gerne bezeichnet, noch recht weit am Anfang steht.

| **Ein Gemisch aus Blut, Schweiß und Tränen**

Ethanol-Kraftstoff wird aus Zuckerrohr gewonnen. Doch die Ausweitung der Anbaufläche für Zuckerrohr für die Produktion von Agrotreibstoffen fordert ihren Preis. Die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit der brasilianischen Ethanolwirtschaft, die im weltweiten Vergleich am billigsten Agrotreibstoff produziert, beruht neben Faktoren wie dem günstigen Klima auch auf einer Überausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. Die Bezahlung der Arbeiter erfolgt nach der Menge des geschlagenen Zuckerrohrs und nicht als fester Lohn. Die Zielvorgabe für die Arbeiter im Bundesstaat São Paulo liegt bei 12 bis 15 Tonnen pro Tag. Um auf diese Menge und durchschnittlich 180 Euro Monatslohn zu kommen, müssen die Arbeiter 30 Machetenschläge pro Minute ausführen, acht Stunden am Tag lang.

Zwischen 2004 und 2007 sind allein im Bundesstaat São Paulo 21 Arbeiter direkt auf dem Feld an Erschöpfung gestorben. Viele weitere sterben an Atemwegserkrankungen, Pestizidvergiftungen oder Arbeitsunfällen. Allein 2006 kamen so 450 weitere Arbeiter in São Paulo ums Leben. Verschlimmert wird die Situation durch die prekären Arbeitsbedingungen. Keine offizielle Arbeitsregistrierung, keine oder schadhafte Schutzausrüstung, schlechte und unzureichende Verpflegung sowie menschenunwürdige, überbezahlte Unterkünfte prägen den Arbeitsalltag der meisten Zuckerrohrschneider.

Häufig entstehen durch den Transport in die Zuckerrohrregionen und Spesen für Unterkunft und Verpflegung so hohe Kosten, dass die Arbeitsmigranten aus dem armen Nordosten Brasiliens in die Schuldenfalle geraten. Der Weg in moderne Formen der Sklaverei ist von hier aus nicht mehr weit. Sklavenarbeit, in Brasilien seit 1888 offiziell verboten, ist heute noch in vielen Branchen ein Problem. Dies gilt besonders für den Ethanolsektor: Von den 5244 Sklaven, die 2008 in Brasilien befreit worden sind, kamen 2570 (49 Prozent) aus den Zuckerrohrplantagen.

| **Grüne Wüste Zuckerrohr**

Die Bezeichnung „Bio“-Energie darf im Falle der Zuckerrohrplantagen zu Recht in Frage gestellt werden, da es sich um Pestizid- und Düngemittel-intensive Monokulturen handelt. Brasilien ist bereits drittgrößter Pestizidverbraucher weltweit. 13 Prozent der giftigen Unkrautvernichtungsmittel werden in den Zuckerrohrplantagen verbraucht (rund 20.000 Tonnen Herbizide jährlich).

Die Zuckerrohrexpansion findet nicht, wie häufig von der brasilianischen Regierung propagiert, hauptsächlich auf degradierten Flächen statt. Der Cerrado, eine an biologischer Vielfalt immens reiche Savannenlandschaft im Herzen Brasiliens, ist bereits stark von der Zuckerrohrexpansion betroffen. Die sehr artenreiche Region von der Größe Alaskas (zwei Millionen Quadratkilometer) ist das Quellgebiet einiger der größten und wichtigsten Flüsse Brasiliens. Schreitet die Zerstörung mit der gleichen Dynamik fort, könnte der Cerrado bis 2030 völlig zerstört sein. Auch in der Waldregion Amazonien selbst wird, trotz anderslautender Darstellungen der Regierung, Zuckerrohr angebaut. 2008 wurden in der Region bereits 19,3 Millionen Tonnen Zuckerrohr geerntet.

Der Zuckerrohrboom verursacht darüber hinaus auch indirekt zerstörerische Effekte durch die Verdrängung von ehemaligen Soja- und Weideflächen. Im Norden Brasiliens ist noch viel „ungenutztes“ Land zu haben, so dass die Agrarfront unaufhaltsam nach Amazonien vordringt und die Abholzung seit einiger Zeit wieder beschleunigt: Im ersten Quartal 2008 war die Entwaldung Amazoniens dreimal höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Brasilien ist in Folge der Entwaldung heute der viertgrößte CO₂-Emittent weltweit; 70 Prozent seiner CO₂-Emissionen gehen auf Brandrodung und Abholzung zurück.

Bericht eines Arbeitsmigranten

Ich hab' so gedacht: Ich fahre in die Zuckerrohrplantagen, arbeite da ein paar Jahre und komme dann zurück nach Hause. Dann kaufe ich ein paar Kühe, lege ein paar Felder an und bin mit meiner Familie zusammen. So war mein Plan. Ich fuhr, hab' gearbeitet und gearbeitet, aber man arbeitet sich tot und kriegt kaum genug für was zu essen zusammen. Wer sagt, man könne mit Zuckerrohrschneiden Geld verdienen, der lügt. Ich hab' zu viel gearbeitet und bin jetzt invalide. [...] Das letzte Mal, als ich beim Schneiden war, sind sie zu mir gekommen und haben gesagt, dass ich viel zu wenig schneiden würde, dass ich mehr schneiden müsste. Also hab' ich mehr geschnitten. Ich hab' es nicht geschafft. Ich bin drei Mal in Ohnmacht gefallen, die Kollegen haben mir dann ein Medikament gegeben [...] Danach hat der Aufseher zu mir gesagt, ich taue nicht mehr zum Zuckerrohrschneider, keiner könne weniger als zehn Tonnen am Tag schneiden und ich schaffe nur sechs, ich müsse gehen. Und jetzt, was soll ich denn jetzt machen? [...] Meinen Traum von den Tieren und den Feldern habe ich noch [...]. Aber ob ich hier arbeite oder dort, ich schaffe es nicht. Ich bin schon zu kaputt.

L.A.S., 54 Jahre, verheiratet, fünf Kinder,
Gemeinde Cachoeirado

Quelle: Serviço Pastoral dos Migrantes (2008).
Agrocombustíveis Solução? A Vida por um fio no eito dos canaviais.

| Landkonzentration und Behinderung der Agrarreform

Der Zuckerrohranbau ist seit jeher von Latifundien (Großgrundbesitz) geprägt. Aufgrund der starken finanziellen Anreize während des staatlichen Proalcool-Programms in den 1970er Jahren breiteten sich große Plantagen weiter aus. Kleinbauern beugten sich dem finanziellen Druck, verkauften ihr Land oder wurden gewaltsam vertrieben. Die heu-

Fotos: Bettina Flittner / Misesor



tige Anbaufläche von knapp sieben Millionen Hektar liegt zu rund 70 Prozent in den Händen der rund 370 Ethanol- und Zuckerfabriken, die zumeist mehrere zehntausend Hektar ihr Eigen nennen.

Den Löwenanteil des Geschäfts teilen große Unternehmen unter sich auf. Diese sind zum Teil brasilianisch wie COSAN oder BRENCO; vertreten sind aber auch die großen multinationalen Agrarkonzerne wie BUNGE, ADM und Louis Dreyfus. Der Anteil der Beteiligungen ausländischen Kapitals steigt rasant: Machten sie zur Ernte 2006/2007 noch 12 Prozent aus, wird er laut Schätzungen in 10 Jahren auf rund 50 Prozent gestiegen sein (FIAN International (2008): Os Agrocombustíveis no Brasil). Der Konzentrationsprozess von Land und wirtschaftlicher Macht hat sich in den letzten Jahren durch eine Welle von Fusionen noch verschärft.

Zuckerrohr-Schneider in Bahia/Brasilien (Foto oben). Die Plantagenarbeiter müssen mindestens zehn Tonnen am Tag schneiden und wohnen in erbärmlichen Unterkünften (Foto links).

Die schnell voranschreitende Expansion des Agrobusiness und die damit einhergehende Konzentration von Land haben die Bodenpreise stark steigen lassen. Dies macht Land nicht nur für kleinere bäuerliche Betriebe unerschwinglich, sondern erschwert auch die Umwidmung von Land für die Agrarreform. Zahlungskräftige multinationale Unternehmen und Agroenergie-Investmentfonds tun sich leicht, neu aufgewertete Ländereien aufzukaufen und in Zuckerrohrplantagen umzuwandeln.

Von einer Agrarreform spricht die Regierung des ehemals arbeiternahen Präsidenten Lula heute nicht mehr. Grundlegende strukturelle Veränderungen, die zur Armutsbekämpfung im Land unumgänglich wären, werden so unterlaufen. Die knapp fünf Millionen landlosen Brasilianerinnen und Brasilianer müssen weiter auf ihr Recht auf einen angemessenen Lebensstandard (Art. 11 UN-Sozialpakt) harren.

| Flächenkonkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion

Während die Flächen für den Anbau von Zuckerrohr und Soja in Brasilien seit 1990 kontinuierlich gewachsen sind, sind die Flächen für wichtige Grundnahrungsmittel deutlich

Leben am „Chico Velho“

Landverlust und dürre Felder am São Francisco-Fluss

Aus drei Krümeln Tabak dreht sich Alzira eine winzige Zigarette. Sie lacht rau. Mit einem Bein verscheucht sie ein Huhn, das Essensreste aus einem Topf pickt. Dann führt sie uns durchs Dorf. „Hier geht's runter zum Fluss“, sie zeigt mit dem Arm nach vorne. „In der Hütte da drüben wohnt meine Mutter“, sie zeigt nach rechts. „Und dahinten wohnen ich, mein Mann und die Kinder.“ Sie deutet auf eine windschiefe Hütte. Wie ein knorriger Wegweiser steht sie auf dem staubigen Boden von Riberão. Zehn Familien leben hier – mitten im Nichts am Ufer des Rio São Francisco. Im Schatten unter einem Baum sitzen Kinder, ein zerfleddertes Schulheft auf den Knien. Der heiße Wind trägt ihr Lachen herüber. Alzira winkt ihnen zu, bevor sie den Pfad zum Fluss einschlägt. Der Weg schlängelt sich durch dorniges trockenes Gestrüpp. „Seit sieben Jahren sind wir jetzt hier“, sagt Alzira. „Früher haben wir flussaufwärts gewohnt. Der Fazendeiro hat das Land abgebrannt und uns vertrieben. Jetzt wird dort Zuckerrohr angebaut. Denen mussten wir Platz machen.“

Auf einem sandigen Hügel bleibt Alzira stehen. „Das ist unser Acker“, sagt sie und macht mit der Hand eine Kreisbewegung. Außer Steinen und verdorrten Sträuchern ist nichts zu sehen. Jeden Tropfen Wasser müssen sie mühsam aus dem Fluss schöpfen und zum Feld, aber auch zum Haus tragen. Die Wasserpumpe funktioniert schon lange nicht mehr, Flusssand hat sie verstopft.

Überhaupt wird das Wasser weniger, seit die Regierung auf den bewässerten Anbau von Zuckerrohr setzt. Alzira erzählt, dass in der Gegend auch immer mehr Kleinbauern von den Unternehmen zur Verpachtung gedrängt werden. Das kommt einem Verlust des Landes gleich, denn nach den üblichen 12 Jahren Zuckerrohranbau, bei dem die Felder immer wieder abgebrannt werden, ist das Land ausgelaugt und für den Ackerbau nicht mehr geeignet. Alzira schüttelt nachdenklich den Kopf: „Was wird geschehen, wenn die Bauern aufhören, Nahrungsmittel anzubauen?“

Claudio Moser

geschrumpft. Die Zuckerrohrfläche wuchs von etwa 4,2 Millionen auf heute 6,9 Millionen Hektar, die Sojaflächen von 9,7 Millionen auf 21,1 Millionen Hektar (Wachstumsraten von 64 Prozent beziehungsweise 122 Prozent). Die Anbauflächen für Bohnen und Reis wurden im gleichen Zeitraum um 28 Prozent beziehungsweise 32 Prozent reduziert. Daten des nationalen Statistikinstituts IBGE belegen, dass die Verdrängung von Reis und Bohnen seit 1990 besonders in den Landkreisen stattgefunden hat, in denen die Expansion von Zuckerrohr am stärksten ausgeprägt war.

In den Jahren 2007 und 2008 sind in Brasilien die Preise bei wichtigen Grundnahrungsmitteln drastisch gestiegen – bei schwarzen Bohnen beispielsweise binnen 12 Monaten um knapp 160 Prozent. Auslöser war ein regenbedingt schlechtes Erntejahr. Weil die Anbauflächen für Bohnen geschrumpft waren, kam es zum ersten Mal zu einem wirklichen Versorgungsengpass, der die Preise dann derartig in die Höhe schnellen ließ. Die Verteuerung der Lebensmittel ist für die Ärmsten ein Desaster. 72,6 Millionen oder rund 40 Prozent aller Brasilianerinnen und Brasilianer leben in Ernährungsunsicherheit – sie wissen nicht, ob ihr Geld bis zum Monatsende ausreicht, um sich genug zu essen zu kaufen. Für arme Familien, die bis zu 70 Prozent ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben müssen, bedeutet jede Preiserhöhung bei Grundnahrungsmitteln mehr Hunger.

| Ein Leben neben den Bewässerungskanälen

Das International Water Management Institute (IWMI) geht von 1000 bis 3500 Litern Wasser aus, die im weltweiten Durchschnitt zur Herstellung eines Liters Ethanol benötigt werden. Je nach regionalen Klimaverhältnissen wird der Bedarf der Energiepflanzen

durch Regenfälle oder Bewässerung gedeckt. In den semi-ariden Gebieten des brasilianischen Nordostens, wo Firmen die Anbauflächen gerade rasant ausweiten, gedeiht Zuckerrohr allerdings nur mit Bewässerung. In jedem Liter Ethanol aus dieser Region stecken rund 3500 l Bewässerungswasser.

Die Auswirkungen der Bewässerungspraktiken der exportorientierten Landwirtschaft sind hier bereits sichtbar. Der São Francisco-Fluss, Lebensader für 13 Millionen Menschen, führt nur noch ein Fünftel der Wassermenge von vor 70 Jahren. Der Grundwasserspiegel ist stark gesunken; kleinere Nebenflüsse sind bereits versiegt.

Die ausgedehnte Bewässerungsinfrastruktur, von der ausschließlich große Agrarfirmen profitieren, wurde mit rund zwei Milliarden US-Dollar an öffentlichen Geldern finanziert, während zahlreiche Dörfer in der Nachbarschaft der Kanäle noch immer keine Wasserversorgung haben. Obwohl Wasser in unmittelbarer Reichweite vorbeifließt, wird die Versorgung der Menschen mit Trinkwasser zum existenziellen Problem: Aus den Kanälen, an denen Wachleute patrouillieren, müssen die Menschen „gestohlenen“ Trinkwasser in Fässern und Kanistern in ihre Häuser transportieren. Setzt sich die Flächenentwicklung in Brasilien so fort, wird dies die Lage der in Armut und Hunger lebenden Bevölkerung künftig drastisch verschlechtern. ||



Katrin Ansel, heute Referentin bei Germanwatch, hat zuvor als Trainee bei Misereor in Brasilien zu den Folgen des Zuckerrohrbooms recherchiert.



Claudio Moser ist Brasilien-Referent bei Misereor.

DISKUSSION

Bioenergie: Keine Lösungen auf Kosten der Armen

Kongressdokumentation 2

Energie-Macht-Hunger – unter diesem Titel fand am 13.5.2009 in Berlin ein energiepolitischer Kongress von Misereor statt. In drei Foren diskutierten Misereor-Partner aus Nigeria und Brasilien mit Bundespolitikern und Vertretern der deutschen Wirtschaft. Wir dokumentieren Auszüge aus der Diskussion über Bioenergie. Bitte beachten: Sie wurde vor der Bundestagswahl geführt.

Franziskaners und langjährigen Kritikers von ökologisch und sozial bedenklichen Großprojekten ist von der umstrittenen Umleitung des Flusses São Francisco betroffen. Dessen Wasser soll künftig vor allem der Bewässerung von Zuckerrohrplantagen dienen. Gemeinsam mit Kleinbauern, Indigenen und Fischern kämpft Dom Luiz Cappio dagegen, dass ihnen die Lebensgrundlage entzogen wird.

Die brasilianische Zuckerrohrproduktion, davon ist der Bischof überzeugt, untergräbt die Ernährungssicherheit: Sie beruht auf

Ungenutzte Brachflächen?

Beim deutschen Bundesverband Bioenergie sieht man die Zusammenhänge anders. Bioenergie sei die älteste Energieform, die die Menschheit nutzt, betont der Vorsitzende des Verbandes, Helmut Lamp. Und erklärt: „Das Hungerproblem liegt nicht an der Bioenergieproduktion!“ Inwieweit einzelne regionale Missstände wie die des brasilianischen Ethanolbooms verallgemeinerbar sind, möchte der Verfechter der Bioenergie nicht beurteilen. Zuckerrohr werde dort jedenfalls auf nur 15 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche angebaut. Auf den restlichen

Fotos: Gottfried Baumann / Misereor



Bischof Dom Luiz Cappio, Brasilien.



Jutta Sundermann, ATTAC-Koordinationskreis, und Stefan Wöhrl, Verband der Automobilindustrie (VDA).

Sind Biokraftstoffe eine Alternative zu fossilen Brennstoffen? Nein, sagt Bischof Dom Luiz Cappio aus der Diözese Barra im brasilianischen Bundesstaat Bahia. Brasilien ist bereits der weltgrößte Zuckerrohrproduzent und will seine Anbaufläche bis zum Jahr 2015 sogar noch verdoppeln, von derzeit knapp 7 Millionen auf 15 Millionen Hektar. Davor warnt der Bischof nachdrücklich aus eigener Erfahrung: Die Heimatregion des

einer „unmenschlichen Ausbeutung der Arbeiter“ und geht auch auf Kosten der Wälder und des Wassers. Diese menschlichen und ökologischen Tragödien sieht der streitbare Kirchenmann mitverursacht durch den Importsog, den die Biokraftstoff-Beimischungsquoten der EU und Deutschlands ausgelöst hätten. Und so erhebt Dom Luis Cappio aus der Diözese Barra seine mahnende Stimme auch gegen die reichen Länder dieser Welt: Sie dürften ihren hohen Energiekonsum und Komfort nicht auf Kosten menschlicher und ökologischer Opfer des Südens beibehalten.

85 Prozent wüchsen andere Pflanzen. Und es landen, weiß Lamp, auch lediglich fünf Prozent des malaysischen Palmöls im Tank, der Großteil hingegen in Kosmetika und Lebensmitteln.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete ist Landwirt und versteht sich als Experte für nachhaltiges Wirtschaften. Sein Blick reicht weit über Deutschlands begrenzte Ackerflächen hinaus: Besonders Osteuropa, Russland und

Die Strategie „weg vom Öl“ ist problematisch, wenn nicht nach völlig neuen Antriebstechnologien gesucht wird,

China böten Millionen von Hektar ungenutzter Brachflächen für die Energiepflanzenproduktion. Auch Tansania habe 250 Millionen Hektar Agrarfläche, davon 40 Millionen brachliegend; die Menschen seien wegen zu niedriger Agrarpreise in Slums abgewandert. „Wenn den schwarzafrikanischen Staaten nicht bald Gelegenheit gegeben wird, vor Ort Energie zu produzieren, wird der Hunger wirklich groß“, unterstreicht Lamp. Fast 50 Prozent der Welternnten verderben; es gebe also große Potenziale für die Ernährung. Auch in Deutschland brauchen seiner Ansicht nach die Bauern Einkommens-Alternativen wie Bioenergie, denn manche Erzeugerpreise haben sich binnen eines Jahres halbiert. Die Agrarstandards in der EU seien hoch („gute fachliche Praxis“, so Lamp), sie sollten weltweit gelten: nicht nur für Energiepflanzen, sondern auch für Nahrungs- und Futtermittel. Während sich also die Energiepflanzenproduktion nach EU-Agrarstandards weltweit stark ausweiten soll, möchte Lamp dennoch etwas begrenzen: die CO₂-Emissionen nämlich. Da müssten die Grenzwerte auf jeden Fall eingehalten werden.

| **Automobilindustrie: Versprechen nicht erfüllt...**

Dieses Stichwort greift Michael Müller (SPD), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, gerne auf: „Wir sind mit einer dramatisch ungerechten Verteilung an den Wachstumsgrenzen angelangt und müssen endlich ehrlich unseren Spritverbrauch drastisch senken, bevor es zu spät ist!“ Den übrigen Ressourcenverbrauch allerdings auch. Die Biokraftstoff-Beimischungsquoten kamen seiner Sichtweise nach überhaupt nur zustande, weil die deutsche und EU-Automobilindustrie ihre CO₂-Reduktionsversprechen von 1998 nicht erfüllt hat. Der Parlamentarische Staatssekretär hält die Strategie „weg vom Öl“ für problematisch, wenn nicht nach völlig neuen Antriebstechnologien gesucht wird, sondern man nur fossilen Spirit durch nachwachsende Rohstoffe ersetzt.

Was meint dazu die gescholtene Automobilindustrie? „Richtig ist, dass die EU-Autoindustrie ihre freiwillige

Selbstverpflichtung von 1998 verfehlt hat, nur noch 120g CO₂-Emissionen/km bis 2008 zu erreichen“, räumt Stefan Wöhrl, Leiter der Abteilung Umwelt des Verbandes der Automobilindustrie (VDA), ein. Die EU-Zielwerte für 2020 allerdings findet er „ausgesprochen ambitioniert“. Erreichen möchte er diese Werte durch Effizienzverbesserung: Die effizienten Motoren der deutschen Industrie seien deutlich besser als die mancher kleinerer Fahrzeuge. Die Biokraftstoffquote sieht Wöhrl als wichtigen Teil der Strategie „weg vom Öl durch Einsparen, Ergänzen, Ersetzen“, neben Erdgas und Brennstoffzellen. Der VDA setzt dabei vor allem auf Biokraftstoffe der 2. Generation. Die mit ihnen zu erzielenden Treibhausgas-Einsparungen beziffert der VDA-Vertreter auf bis zu 90 Prozent; zu diesen Biokraftstoffen zählten auch Kraftstoffe aus Eukalyptus und aus Abfällen gewonnenes Biogas. Wie der VDA mit Grenzen umgeht? Wöhrl: „Jeder soll persönlich Wasser und Strom sparen; man kann auch ohne ein Tempolimit langsamer fahren und seinen Spritverbrauch reduzieren.“

| **Mobilität der Zukunft**

Eine solche Haltung stößt bei Jutta Sundermann vom ATTAC-Koordinationskreis auf Unverständnis. Ihr geht es um eine Mobilität der Zukunft, die unseren Planeten nicht schädigt. Die Agrosprit-Beimischungsquoten sind in ihren Augen „ein ganz großes Problem“ und daher aufzuheben. Aufgrund des Klimawandels und untragbarer Arbeitsbedingungen im Energiepflanzenanbau in Entwicklungsländern müssten Veränderungen schnell passieren. Der Agrosprit-Boom sei doch oft eine „Entscheidung zwischen Teller oder Tank“. Auch die 2. Generation der Biokraftstoffe löse diese Probleme nicht, sagt sie und verweist auf große Eukalyptusmonokulturen.

ATTAC ist gegenüber einer Zertifizierung von Agrosprit sehr skeptisch, da die extreme Landkonzentration in Entwicklungsländern dadurch nicht angetastet werde und der

hohe Wasserverbrauch schwerlich reduzierbar sei. Und dann sind da natürlich auch die mächtigen Lobbyinteressen der Agrarkonzerne, die „mit großen Anlagen hohe Renditeziele verfolgen und versuchen, über Stichtagsfestlegung katastrophale Fälle von Waldzerstörung mit zu zertifizieren“. Die EU habe 2006 allein 3,6 Milliarden Euro für Agrosprit-Großanlagen ausgeschüttet. Grundsätzliche Alternativen müssten für die gesamte Landwirtschaft erarbeitet werden, nicht nur für Agrotreibstoffe. Aktuell zwingt die WTO arme Länder zur Marktöffnung und habe gnadenlose Vorfahrt für eine kleine Handvoll globaler Agrarkonzerne geschaffen, die den Nahrungsmarkt dominierten und die Lebensmittel-Weltmarktpreise bestimmten. Unter diesen Bedingungen könnten faire Erzeugerpreise nicht mehr gewährleistet werden.

Ist die „Nachhaltigkeits“-Rhetorik heute gefangen in der „Höher-schneller-weiter“-Wachstumsideologie? Jutta Sundermann sieht das so und begründet es mit dem Landhunger, der auf dem ganzen Globus ausgebrochen sei: Es gebe immer mehr Landverpachtungen an ausländische Regierungen und Konzerne auf Kosten der Ernährungssicherheit. Selbst die Weltbank und die Welternährungsorganisation FAO hätten zugegeben, dass 2008 die Preisexplosionen für Nahrungsmittel und Hungeraufstände in 37 Ländern mit dem Run auf den Energiepflanzenanbau zusammenhängen. Doch da auf diesem Planeten eigentlich ja ausreichend Lebensmittel produziert würden, müsse nach Profitinteressen und Veränderungsmöglichkeiten gefragt werden. Als Alternative regt Sundermann zur Sicherung der Ernährungssouveränität und einer dezentralen, regenerativen Energieversorgung Genossenschaftsmodelle für die gesamte Landwirtschaft an, in denen sich Bauern selber organisieren und ein ausreichendes Familieneinkommen erwirtschaften können. | |

Bericht: **Ulrike Bickel**, Misereor

Die zerstörerische Jagd nach „grünem“ Gold

Das Beispiel Jatropha

Foto: Robin Wood



Jatropha-Plantage im Nordwesten Indiens, betrieben von einem Subunternehmen von IKF Technologies, Frankfurt.

| Heike Lipper

Jatropha curcas – ursprünglich eine Heckenpflanze des Südens – wird heute von internationalen Unternehmen und NGOs für den „Bio“-Spritmarkt propagiert. Doch sie hat auch schon den Ruf eines giftigen Busches, der Landrechtskonflikte verursacht und die Subsistenzwirtschaft von Kleinbauern zerstört.

Bis zum Jahr 2008 wurden weltweit mehr als 900.000 Hektar Jatropha angebaut; dies entspricht der Hälfte der Fläche von Sachsen. Mit der immer weiter wachsenden Verfügbarkeit von Samen und Landflächen steigt der Anbau allerdings rasch an, laut Prognosen um ein bis zwei Millionen Hektar jährlich. Einzelne Staaten bieten ihr Land großzügig gegen Devisen zur Bepflanzung an: Allein Indien stellt 13 Millionen Hektar zur Verfügung; in Äthiopien sind es sogar 17 Millionen Hektar.

Die Investoren sind bekannte Technologie-, Automobil- und Ölfirmen. Toyota wirbt mit Armutsbekämpfungsmaßnahmen durch lokale Projektförderung in Indien und plant eine erste Ölraffinerie auf den Philippinen. Bayer CropScience arbeitet an der Herbizidresistenz und an der Entwicklung internationaler Qualitätsstandards für Jatropha – gemeinsam mit der Daimler AG und dem US-Agrarkonzern Archer Daniels Midland (ADM), der bereits maßgeblich an der Zerstörung von Regenwäldern in Indonesien durch Ölpalmplantagen beteiligt ist. Im Zusammenhang mit Jatropha traten auch erste Fälle von Landvertreibung in Tansania und Biopiraterie in Indien auf – verursacht durch die britischen Anbaukonzerne D1 Oils sowie Sun Biofuels. Deutsche Unternehmen wie PROKON, Elaion AG, Flora Ecopower, JatroSolutions und der Technologie-Konzern IKF Technologies investieren in Tansania, Madagaskar, Mosambik oder Indien in Jatropha-Pflanzungen.

Ein Konzern allerdings ist abgesprungen. Noch vor einem Jahr hat British Petroleum den Zusammenschluss mit D1 Oils gefeiert.

Im Sommer 2009 stieg das Unternehmen aus dem Joint Venture aus. Laut Medienberichten traten die erwarteten Erfolge der „Wunderpflanze“ Jatropha vielerorts nicht ein.

Mit dem Vorteil einer höheren Temperaturverträglichkeit ist das Pflanzenöl aber nicht nur für Autotanks attraktiv. Nach der Auswertung erster Testflüge mit Jatropha-Öl aus Indien planen Boeing und Air New Zealand weitere Untersuchungen zur Beimischung von bis zu 50 Prozent im Flugbenzin. Insgesamt 15 internationale Fluggesellschaften sind als Mitglieder der „Sustainable Aviation Fuel Users Group“ an einem Roundtable für „Nachhaltige Biokraftstoffe“ beteiligt und versuchen zu beweisen, dass der Anbau des „Bio“-Flugbensins nicht mit Nahrungsmitteln konkurriert und keine Trinkwasservorräte gefährdet. Argumente, die aber bereits vielfach widerlegt sind.

Das indische Wissenschaftsinstitut CSMCRI hat Forschungsprojekte zu Monokulturpflanzen



Die Frucht der Jatropha-Pflanze schmeckt nussig, ist jedoch giftig.

zungen von Jatropha in Kooperation mit der Daimler AG durchgeführt. Bereits 2006 gab es bekannt, dass in der viermonatigen Trockenzeit jede Pflanze mit etwa 100 Litern bewässert werden muss – 250.000 Liter wertvolles Wasser pro Hektar. Der hohe Wasserverbrauch wird durch eine aktuelle Untersuchung der Universität Enschede bestätigt. Demnach ist der Wasser-Fußabdruck von Jatropha, verglichen mit 12 weiteren Agrartreibstoff-Pflanzen, am größten.

Ver mehrt wird in Indien und Mosambik von Pflanzungen auf Sekundärwaldstandorten oder auf Böden berichtet, die ebenfalls für die Produktion von Nahrungsmitteln geeignet sind. Bereits 2007 forderten indische Kleinbauern mit Nachdruck die Anerkennung des Menschenrechts auf Nahrung und einen Anbauverzicht von Jatropha auf Agrarflächen. Familien zerstörten im indischen Baridih Jatropha-Pflanzen, die von der Forstverwaltung ohne Absprache auf ihrem seit Jahrzehnten bebauten Land angepflanzt wurden. Kleinbauern in anderen Distrikten mussten unter Androhung von Gefängnisstrafen dem Staat ihr Reisland für den Jatropha-Anbau abgeben. Auf anderen Flächen weideten zuvor Kühe, Schafe und Ziegen. Ihr Fleisch und ihre Milch wurden für die Ernährung der Dorfbevölkerung genutzt. Zwar können die Flächen nach Aussage von Unternehmern weiterhin beweidet werden. Allerdings hat Vieh in nordindischen Regionen mehrfach Pflanzungen beschädigt, woraufhin es von den Flächen ferngehalten wurde, um die Qualität der Pflanzungen zu erhalten.

Eine zusätzliche Gefahr für Menschen und Tiere sind die in allen Pflanzenteilen enthaltenen

Giftstoffe. Rinder im nordindischen Rajasthan haben Jatropha-Pflanzen gefressen und sind daraufhin verendet. Da die Frucht einen angenehm nussigen Geschmack besitzt, wurde zudem im vergangenen Winter mehrfach von erkrankten Kindern berichtet, die unwissend einzelne der giftigen Nüsse verzehrt haben.

Regierungen südlicher Länder unterstützen den modernen „Landkolonialismus“ des Nordens. So erklären indische Regierungsvertreter, Jatropha werde auf „Ödland“ oder „degradierten Flächen“ angebaut. Jedoch sind diese Begriffe nicht klar definiert, womit Möglichkeiten der hemmungslosen Landvergabe Tür und Tor geöffnet werden. In nordindischen Gebieten werden Regionalverwaltungen damit beauftragt, staatliche Flächen zum Anbau von Jatropha zur Verfügung zu stellen. Bis zu 5000 Hektar können an ein Unternehmen als Public Private Partnership vergeben werden – darunter Landflächen, die von der lokalen Dorfbevölkerung genutzt werden, um ihre Familien mit Feuerholz, Viehfutter oder Nahrungsmitteln zu versorgen. IKF Technologies schließt über Partnerunternehmen in Jharkhand und Orissa Rückkaufverträge mit Kleinbauern ab und erwirbt damit die Ernterechte der Ländereien für bis zu 20 Jahre. Die Zahlung erfolgt nach dem von der lokalen Regierung bestimmten staatlichen Mindestpreis von 7,5 Rupien pro Kilogramm, der unterhalb des internationalen Handelspreises von 12 bis 40 Rupien für Jatropha-Samen liegt (7 Rupien = 0,10 Euro). Erste Berechnungen einer indischen Unternehmerorganisation für die Herstellung von Jatropha-Öl basieren auf Preisen der Rohware, die noch geringer sind als der Mindestpreis – mit der Folge sinkender Einnahmen für die Kleinbauern.

Währenddessen bauen die investierenden Unternehmen die Infrastruktur für den Markt in Europa auf. So soll der erste Jatropha-„Bio“-Diesel in Europa nach Angabe von D1 Oils in Großbritannien hergestellt werden; die erste Energie aus asiatischem Jatropha-Öl in Belgien will das norwegische Unternehmen Wärtilä bereits Anfang nächsten Jahres herstellen, und Green Bio Fuel gab den Bau einer Anlage zur Verarbeitung von 100.000 Liter Jatropha-Pflanzenöl aus Mosambik in der Schweiz be-

kannt. Dabei werben die Unternehmen mit der Bereitstellung von Arbeitsplätzen in den Anbauländern – ohne von der Armut zu sprechen, die sie verursachen.

Die Zahlen klingen nach: Jeder vierte Mensch in Afrika hungert; 2009 stieg die Zahl der Hungernden weltweit erstmals auf über eine Milliarde Menschen. Ein Grund steigender Armut ist der Anstieg internationaler Agrarpreise. An ihnen haben gerade Agrokraftstoffe einen wesentlichen Anteil, nach Aussage der Weltbank 2008 sogar bis zu 75 Prozent. Aktuelle Studien des Forums für Internationale Agrarpolitik (FIA) e.V., der Schweizer Hilfsorganisation Swissaid und des FoodFirst Information and Action Network (FIAN) belegen, dass Energiepflanzen wie Jatropha für Agrokraftstoffe auch auf fruchtbarem Ackerland angebaut werden und der Anbau die Abhängigkeit der Kleinbauern von ausländischen Investoren verschärft. Hinzu kommen mögliche Folgen internationaler Preispolitik: Allein 2008 begingen rund 1500 Kleinbauern in Indien Selbstmord, da ihnen durch zunehmende Verschuldung bei Banken und Unternehmen die Lebensgrundlagen genommen wurden und sie keinen anderen Ausweg sahen.

Für viele Kleinbauern in südlichen Ländern läge eine erste Lösung im Stopp des Anbaus von Agrosprit-Pflanzen. Nachdem im Jahr 2008 ein Moratorium für die Verwendung von Pflanzentreibstoffen in der Europäischen Union gescheitert ist, fordert nun eine parlamentarische Initiative in der Schweiz einen fünfjährigen Anbaustopp. Entwicklungshilfeorganisationen hoffen, damit auch den Ausverkauf der Ölsamen südlicher Länder in den Norden eindämmen zu können. Denn die Konkurrenz um Nahrungsmittel zwischen den weltweit fast eine Milliarde Autofahrern und den etwa zwei Milliarden unterhalb der Armutsgrenze lebenden Menschen nimmt weiter zu. | |



Heike Lipper

ist in der Tropenwald-Fachgruppe von ROBIN WOOD aktiv und hat den Anbau von Jatropha in Indien untersucht. www.robinwood.de/tropenwald

DISKUSSION

Auswege: Rohstoff- und Klimapolitik entwicklungsverträglich gestalten

Kongressdokumentation 3

Energie-Macht-Hunger – unter diesem Titel fand am 13.5.2009 in Berlin ein energiepolitischer Kongress von Misereor statt. In drei Foren diskutierten Misereor-Partner aus Nigeria und Brasilien mit Bundespolitikern und Vertretern der deutschen Wirtschaft. Wir dokumentieren Auszüge aus der Diskussion über Ansatzpunkte für einen nachhaltigeren Abbau und Konsum von Energie-Rohstoffen. Bitte beachten: Sie wurde vor der Bundestagswahl geführt.

Foto: Gottfried Baumann / Misereor



Christian Ruck, Arbeitsgruppe Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (links), und Ulrich Kelber, stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender (rechts).

„Wegen des dramatisch fortschreitenden Klimawandels haben wir keine Alternative zu 100 Prozent erneuerbaren Energien.“ Rainer Baake, Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe, ist sich sicher: Der Umbau muss möglichst schnell passieren, ohne Schäden auf dem Weg dorthin. Vor den geplanten Kohlekraftwerks-Neubauten und der von CDU und FDP favorisierten Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken warnt Baake daher.

Auch für ihn ist Agrosprit keine Garantie für Effizienz und Nachhaltigkeit im Mobilitätsbereich. Alle biologischen Rohstoffe müssten sich einer Überprüfung anhand von Nachhaltigkeitskriterien einschließlich noch zu entwickelnder sozialer Standards stellen. Unabhängig seien Effizienzsteigerungen auf allen Gebieten, im Automobilssektor, bei der Kfz-Steuerreform und den EU-CO₂-Grenzwerten. Die ineffizienten dicken Sport Utility Vehicles (SUVs – Komfort-Geländewagen) werden seiner Meinung nach durch Agrosprit-Beimischung nicht umweltfreundlicher. Baake: „Wir kommen um Verzicht nicht umhin. Der Homo sapiens hat seit 16.000 Jahren die meiste Zeit von Bioenergie gelebt, nur in den letzten 160 Jahren von fossiler Energie, mit fatalen Schäden für Umwelt und Klima.“

„Beim Klima und bei der Rohstoffversorgung sind wir an unseren Grenzen angelangt.“ Auch Ulrich Kelber, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, will daher die Widerstände gegen den Ausbau erneuerbarer Energien angehen. Die sieht er zum Beispiel beim Stromnetz-Ausbau; bedauerlicherweise sei das Energieeffizienz-Gesetz in dieser Legislaturperiode nicht mehr zustande gekommen. Kelber ist aber zuversichtlich, dass das Atomausstiegsgesetz von 2002 steht und dass auch die Bundestagswahlen daran nichts ändern werden. Das schon deswegen, weil alte Atomkraftwerke besonders Terror-gefährdet seien. Alte Kohlekraftwerke hingegen seien unwirtschaftlich oder könnten wegen des Vorrangs erneuerbarer Energien nicht mehr dauerhaft laufen. Neue politische Instrumente für die Förderung erneuerbarer Energien braucht man nach Kelbers Auffassung nicht; die derzeit vorhandenen reichten aus. Er habe in diversen Aufsichtsräten von Energieversorgungsunternehmen durchgesetzt, dass nicht mehr in Kohlekraftwerke, sondern in Kraft-Wärme-Kopplung investiert werde.

Kelber findet die Biosprit-Beimischungsquoten richtig, seine Devise lautet aber: „Langsamer angehen und eine nachhaltige Produktion garantieren!“ Die EU-Nachhaltigkeitsverordnung für erneuerbare Energien inklusive Biosprit geht Kelber noch nicht weit genug, zum Beispiel in Fragen der Abhol-

zung von Wäldern. Eine Steuerbefreiung beziehungsweise -senkung für Biosprit in Deutschland würde nicht den kleinen Produzenten nutzen, sondern den großen Industrien. Vielerorts hinge die Biosprit-Produktion vom Zugang zu Land und Wasser ab. Es sei besser, in Südbrasilien für den Eigenbedarf zu produzieren als Soja für den Export. Bei Autos werde relativ bald die Elektromobilität dominieren und Biosprit nur noch dort zum Einsatz kommen, wo eine höhere Leistung oder Schmierstoffe gebraucht werden.

| Atomkraft und Kohle – ja; Wildwest-Manier – nein

In Bezug auf den nötigen Ausbau erneuerbarer Energien habe schon immer ein weitreichender Konsens geherrscht, meint Christian Ruck, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. „Aber energiepolitisch liegen CDU/CSU und SPD weit auseinander“. Auseinander klaffen die Vorstellungen von Deutschlands Position in der Welt. China ziehe einen großen Teil seiner Energieversorgung aus Kohle, setze aber auch massiv auf Atomkraft. Deutschland solle neue Technologien für „saubere“ Kohle wie die Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid (CCS) anwenden und „sichere“ Atomkraftwerke bauen.

Die CDU/CSU befasse sich mit der Sicherung der deutschen Rohstoffversorgung und damit, wie der Rohstoff-Fluch vieler Entwicklungsländer zum Segen werden könne. „Afrika hat große Reichtümer, aber schwache Institutionen. Es ist nötig, Strukturen zur Korruptionsbekämpfung zu schaffen und die demokratische Zivilgesellschaft, Kirchen sowie Stiftungen zu stärken. Aus eigenem Interesse muss Deutschland auch eine aktive Afrika-Politik betreiben“, sagt Ruck. Es müsse einen Verhaltenskodex geben, um zu garantieren, dass Afrikas Reichtümer nicht nach Wildwest-Manier aus Afrika herausgebracht werden.

Ein Drittel der Einnahmen aus dem CO₂-Emissionshandel sollen laut UN-Klimarah-

menkonvention künftig der Entwicklungszusammenarbeit zugute kommen; dies sei ein Riesenerfolg der SPD-geführten, sonst eher schwachen Umwelt- und Entwicklungsministerien. Die Entwicklungszusammenarbeit müsse eine breite Entwicklung und Armutsbekämpfung im Blick haben, und dies müsse auch Wirtschaftswachstum beinhalten. Denn: „Eine Partei, die in ihr Programm Verzicht und Genügsamkeit schreibe, wird nicht lange Erfolg haben.“

Boniface Dumepe vom Centre for Social and Corporate Responsibility (CSCR) in Nigeria fordert von der deutschen Bundesregierung und der EU ein größeres Engagement im Rahmen der „Gulf of Guinea Energy Security Strategy“. Über seine eigenen Energieinteressen hinaus solle Deutschland darauf achten, dass die Versprechen der Energiekonzerne hinsichtlich Investitionen in soziale Entwicklung (Gesundheitsposten, Schulen) der Dorfgemeinschaften in den Ölfördergebieten eingehalten werden. In den bilateralen Beziehungen solle es auf die Umsetzung politischer Reformen in Nigeria einschließlich von Transparenz bei Wahlen drängen. Die Bevölkerung könne nur an Entscheidungen teilnehmen, wenn sie „empowered“ (gestärkt) werde. Angesichts des wachsenden Interesses ausländischer Direktinvestoren auch aus Deutschland im Öl- und Energiesektor müsse garantiert werden, dass „beste Praktiken“ der Umsetzung von Unternehmensverantwortung verpflichtend festgeschrieben werden.

„Wirkliche Entwicklung darf nicht mit sozialer und ökologischer Zerstörung erkaufte werden und muss die bereits entstandenen Schäden korrigieren“. Brasiliens Bischof Cappio findet wieder einmal klare Worte und warnt vor der drohenden Umleitung des Rio São Francisco, die die Rechte der Kleinbäuerlichen und indigenen Anrainerbevölkerung und die Ökosysteme bedroht. Denn: „Lebensmittel und Wasser sind prioritäre Rechte. Und wirklich alle sollten Zugang zu ihnen haben, unabhängig davon, ob sie aus dem Süden oder Norden kommen. Diese Rechte können aus ethischen Gründen niemals auf Grund des Energiebedarfs vorenthalten werden. Heute sind die großen Opfer des Klimawandels die Armen. Wir können nicht zulassen, dass auf ihnen die Kosten für die Suche nach Lösungen für die großen Energie-, Lebensmittel- und Wasserversorgungsprobleme und der Verschmutzung dieses Planeten lasten. Alle, wirklich wir alle müssen lernen, mit Weniger besser zu leben.“ | |

Bericht: Ulrike Bickel, Misereor

Verantwortung übernehmen – Rohstoffpolitik entwicklungsgerecht gestalten

Forderungen an die neue Bundesregierung

Die Ausbeutung und Nutzung energetischer Rohstoffe ist mit großen entwicklungspolitischen Problemen verbunden. Dies gilt sowohl für fossile Brennstoffe wie Erdöl oder Kohle als auch für nachwachsende „saubere“ Rohstoffe wie Palmöl, Jatropha oder Zuckerrohr zur Herstellung von „Bio“-Treibstoff.

Die Frage ist in beiden Fällen: Woher kommen die Rohstoffe, wie werden sie produziert, und wem nutzen sie tatsächlich? In beiden Fällen wiederholt sich das gleiche Muster: Wir brauchen den Süden, wir stillen unseren Hunger nach Energie auf Kosten der Länder des Südens. Als von Rohstoffen abhängiger Importeur ist Deutschland mitverantwortlich für das, was dort geschieht.

Viele der im Süden auftretenden Probleme – wie schlechte Regierungsführung, Korruption oder fehlende demokratische und zivilgesellschaftliche Kontroll- und Mitwirkungsmöglichkeiten – sind eng verknüpft mit unserem Konsumverhalten sowie wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen hier im Norden. Sie können negativ durch unsere Vorgaben verfestigt werden oder wir könnten sie positiv durch von uns gesetzte Rahmenbedingungen verändern. Wir im Norden haben eine Verantwortung dafür, dass unser Energiehunger nicht auf Kosten der Ärmsten der Armen gestillt wird. Der Rohstoffreichtum könnte – richtig verwendet – eine segensreiche Grundlage für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zugunsten der Menschen in den rohstoffreichen Entwicklungsländern sein.

Aus der Perspektive der Armutsbekämpfung – und das bedeutet leider oft aus der Perspektive der Opfer –, lassen sich einige zentrale Erwartungen an die bundesdeutsche Politik und Wirtschaft formulieren:

- Es muss eine konsequente und kohärente deutsche Klima-, Energie-, Rohstoff- und Entwicklungspolitik umgesetzt werden. Nötig sind entschiedene Einsparungen unseres Energie-

verbrauchs sowie massiv gesteigerte Investitionen in Effizienzsteigerung und den Ausbau erneuerbarer Energien. Dazu zählen auch die Einführung schärferer Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, zum Beispiel für den Bau emissionsärmerer, kleinerer Fahrzeuge, Tempolimits sowie der Ausbau eines attraktiven öffentlichen Verkehrssystems. Denn es ist die Aufgabe des Staates, die Lebensgrundlagen der heutigen und zukünftigen Generationen zu schützen und zu erhalten. Der Wirtschaft müssen daher langfristige und verlässliche Rahmenbedingungen zur Wahrnehmung ihrer ökologischen und sozialen Verantwortung gestellt werden, damit sie sich frühzeitig darauf einstellen kann. Je früher die nötige Energiewende eintritt, desto besser für uns und die Menschen im Süden.

- Bei den internationalen Klimaverhandlungen muss die Bundesregierung auf verbindliche Emissions-Reduktionsziele der Industrienationen von weltweit mindestens 40 Prozent (gegenüber 1990) bis 2020 und 95 Prozent (gegenüber 1990) bis 2050 im Rahmen eines Kyoto-Folgeprotokolls drängen, damit die bereits stattfindende Erderwärmung auf ein gerade noch handhabbares Maß von maximal zwei Grad Celsius begrenzt wird. Ein Neubau der extrem klimaschädlichen Kohlekraftwerke ist hiermit nicht vereinbar, zumal Verfahren zur Abscheidung und sicheren, dauerhaften Einlagerung von Kohlendioxid („CCS“) in absehbarer Zeit nicht zur Verfügung stehen werden. Die Hauptlast der Emissionsreduktionen der Industrienationen sollte durch Energie-Einsparung erbracht werden. Entwicklungsländer sollten bei der Verringerung ihrer Emissionen unterstützt werden, zum Beispiel durch den Transfer neuer Technologien.
- Die Bundesregierung muss ferner in der deutschen sowie der europäischen Rohstoffstrategie Rahmenbedingungen vorgeben, die sicherstellen, dass die Rohstoffförderung nicht zur Verletzung von Menschenrechten, Sozialstandards und Umweltverschmutzung führt. Es müssen klare gesetzliche Rahmen für Unternehmensverantwortung inklusive



ökologischer und sozialer Haftpflicht geschaffen werden. Transparenz und Offenlegungspflichten für die deutsche Wirtschaft müssen Bestandteil der deutschen Rohstoffpolitik werden.

- Wichtigste Prämisse für Rohstoffvorhaben ist deshalb, dass keine Energieprojekte ohne vorherige Zustimmung der Betroffenen vor Ort gefördert werden dürfen (Free Prior Informed Consent-Prinzip). Voraussetzung für eine Unterstützung von Energievorhaben müssen Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen unter aktiver Einbeziehung der Zivilgesellschaft im Süden sein.
- Die Bundesregierung sollte die „Extractive Industries‘ Transparency Initiative“ (EITI) durch alle Ressorts nachdrücklich in allen ihren Außenbeziehungen thematisieren, damit Kohärenz zwischen deutscher Entwicklungs-, Außen- und Wirtschaftspolitik sichergestellt wird.
- Die Bundesregierung sollte keine Exportkredite, Investitionsgarantien oder Subventionen an Unternehmen und Regierungen rohstoffreicher Länder gewähren, die nicht zur effizienten Umsetzung der EITI bereit sind und/oder gegen internationale Umwelt- und Menschenrechtsstandards verstoßen. Investitionsschutzabkommen dürfen nicht nur die Interessen der westlichen Investoren schützen, sondern müssen auch die Entwicklungsbedürfnisse der Partnerländer respektieren.

- Ein weiterer wichtiger Ansatz wäre es, „Konfliktrohstoffe“ zu bannen: Die Bundesregierung sollte den UN-Sicherheitsrat auffordern, Kriterien für die Definition von Rohstoffen zu erstellen, mit denen gewaltsame Konflikte finanziert werden („Konfliktrohstoffe“). Diese Definition soll dazu beitragen, den Handel damit zu unterbinden und – wenn nötig – gezielte Sanktionen zu ermöglichen.
- Internationale und regionale Entwicklungsbanken sollten – wie von der Extractive Industries Review im Auftrag der Weltbank 2003 empfohlen – keine fossilen Energieprojekte mehr unterstützen, sondern eine klare Wende zu erneuerbaren Energien einleiten.
- Im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe sollten die Bundesregierung und die EU die ehrgeizigen Biokraftstoff-Beimischungsquoten aufgeben. Diese Ziele sind nicht tragfähig, weil die landwirtschaftlichen Nutzflächen begrenzt sind. Der Anbau nachwachsender Energierohstoffe darf nicht mit der Nahrungsproduktion konkurrieren und Lebensmittel verteuern, zu Menschenrechtsverletzungen führen und die Zerstörung menschlicher Lebensräume und Ökosysteme beschleunigen. Daher ist die Festschreibung hoher, verbindlicher Sozialstandards für Bioenergie-Anbau und -Importe unverzichtbar.

- Öffentliche wie private Banken sollten klare Standards entwickeln und fortlaufend kontrollieren, die sicherstellen, dass Firmenkunden hohe Umwelt- und Sozialstandards respektieren. Voraussetzung für eine Projektfinanzierung sollte eine vorherige, unabhängige Umwelt-, Menschenrechts- und Sozialverträglichkeitsprüfung sein.
- Auch Rohstoffproduzenten wie Bergbau- und Energiekonzerne müssen Verantwortung übernehmen und darauf achten, dass ihre Aktivitäten keine Konflikte hervorrufen oder verschärfen. Sie müssen nationale Gesetze der Heimat- wie Gastländer sowie international anerkannte Menschenrechts- und Umweltstandards respektieren. Im Fall gewaltsamer Konflikte müssen die Aktivitäten ausgesetzt werden.
- Die Automobilindustrie trägt die klimapolitische Verantwortung, immer leistungsstärkere Motoren mit hohem Spritverbrauch abzulösen durch intelligente, innovative Autos mit alternativen Antriebstechniken, die leicht und verbrauchsarm sind. Auch andere energieintensive Industriezweige sind gefragt, ihre Produktionsweisen nach Effizienzkriterien umzugestalten und drastisch Energie einzusparen.

Wir befinden uns in einer historisch bedeutsamen Phase, in der wir von verschiedenen Krisen herausgefordert werden. Klimawandel, Finanzkrise, Ernährungs- und Energiesicherung dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Es liegt in unserer politischen Verantwortung, heute intelligente Weichenstellungen zu schaffen, die ein menschenwürdiges Überleben in Süd und Nord ermöglichen und auch zukünftig eine Lebensgrundlage bieten.

Die Politik der Bundesregierung muss auch und gerade an ihrem Beitrag zur Bewahrung der Schöpfung und dem Erhalt der Lebensgrundlagen künftiger Generationen gemessen werden. | |

Dr. Bernd Bornhorst / Ulrike Bickel, Misereor

Dieses Dossier ist eine Beilage zur Ausgabe 11/2009 von welt-sichten.

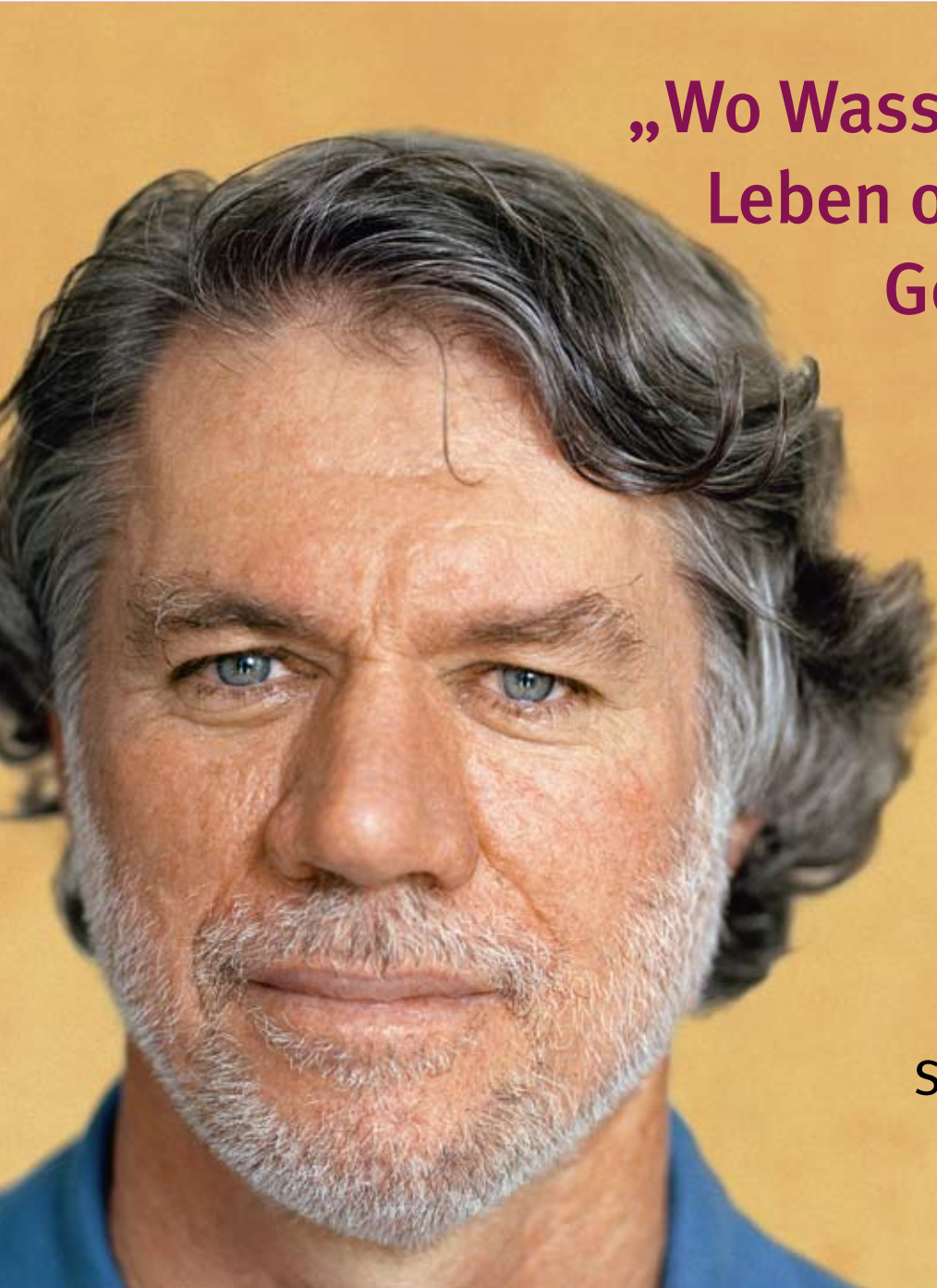
Konzept und Redaktion:
Ulrike Bickel und
Barbara Wiegard (beide Misereor),
Anja Ruf (im Auftrag von welt-sichten)

Gestaltung: Angelika Fritsch, Silke Jarick

Verantwortlich i.S.d.P.:
Ulrike Bickel (Misereor)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
geben nicht unbedingt die Meinung des
Herausgebers wieder.

Redaktion „welt-sichten“
Postfach 50 05 50
D-60394 Frankfurt/Main
www.welt-sichten.org

A close-up portrait of Roberto Malvezzi, a middle-aged man with grey, wavy hair and a light beard, looking directly at the camera with a serious expression. He is wearing a blue shirt. The background is a solid, warm yellow color.

„Wo Wasser eine Frage von
Leben oder Tod ist, muss
Gerechtigkeit her.“

Roberto Malvezzi
MISEREOR-Projektpartner
Brasilien

Schaffen Sie Gerechtigkeit!
www.misereor.de

Mit Zorn und Zärtlichkeit
an der Seite der Armen

Spendenkonto 10 10 10 • Pax Bank • BLZ 370 601 93

MISEREOR
● IHR HILFSWERK